



ADLAS

Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

AUSGABE 2/2015

9. Jahrgang

ISSN 1869-1684

Gesucht: Konzept

HYPE, HYPER, HYBRID WARFARE
Zur Konjunktur eines Verlegenheitsbegriffs

TÜRKEI
Bilanz einer gescheiterten Außenpolitik

F-35 LIGHTNING II
Irgendwie alles und doch nichts Ganzes



EDITORIAL

»**Konzept.** *Substantiv* [das]: klar umrissener Plan, Programm für ein Vorhaben.« - so weit die Definition im Duden.

Es ist immer schön ein Konzept zu haben. Noch schöner ist es, wenn dieses Konzept tatsächlich zur Anwendung kommt. Am aller schönsten ist es, wenn sich das Konzept in der Anwendung auch noch als brauchbar erweist. Doch leider sind solche Momente nicht häufig vergönnt — weder im Alltag noch in der Sicherheitspolitik.

Endlich mehr Hybrid Warfare!

Der sicherheitspolitische Debattentrend lautet seit der Krim-Annektion durch Russland im letzte Jahr »Hybrider Krieg«. Doch macht ein Modebegriff schon ein Konzept aus? Meist bleibt in dem bisherigen Diskurs die historische Einordnung verdeckter Militäroptionen auf der Strecke, was sehr bedauerlich ist, wie unser Herausgeber Stefan Dölling in seinem [Beitrag](#) feststellt. Denn ein Blick auf Parallelen in der Geschichte ließe das vermeintlich neue Phänomen nicht nur besser verstehen. Wer die für die hybride Kriegsführung begünstigenden Faktoren erkennt, ist in der Lage präventive Lösungsansätze zu entwickeln, die jenseits einer plumpen Abschreckungsdoktrin liegen.

Netter Plan, hat nur nicht geklappt...

Dass die türkische Außenpolitik der letzten Jahre völlig konzeptlos verfuhr, kann ihr wirklich nicht vorgeworfen werden. Lag doch mit der »Nachbarschaftspolitik ohne Probleme« eine Strategie vor, die sogar anfangs Beifall in Europa erhielt. Nur schade, dass sie sich angesichts eines veränderten Umfelds in Europa und Asien als nicht hilfreich erwies. In einer außenpolitischen Bilanz der letzten vier Jahre heißt es für Ankara »[Der Fahrstuhl fährt unten fahren](#)«.

Wo geht es denn bitte hier lang?

Auch im Hinblick auf die USA stellt sich die Frage, welche Konzepte für die sicherheitspolitische Ausrichtung in Zukunft zur Anwendung kommen bzw. tragfähig sind. Zunächst im großen Rahmen, wenn es um die Aufrechterhaltung des hegemonialen Machtanspruches in einer multipolar werdenden globalen Ordnung geht (»[Die doppelt gebrochene Welt](#)« sowie »[Der ewige Abgesang des gleichen Niedergangs](#)«). Aber diese Entscheidungen werden auch Auswirkungen für

den Bereich des Operativ-Taktischen haben, so zum Beispiel bei dem ambitionierten Rüstungsprojekt des Alleskönners [F35 Lightning II](#). Kurz vor Redaktionsschluss erteilte uns die Nachricht, dass die neu gewählte kanadische Regierung aus dem Millionengrab aussteigen will.

In eigener Sache

Auch wir hatten ein Konzept für diese Ausgabe: »*Lasst uns doch mal eine Do-it-Yourself-Version machen. So ganz ohne Fremdautoren, wo nur Redaktionsmitglieder schreiben. Das wird viel einfacher und schneller...*« - Nein, geht es nicht. Und das ist auch gut so. Der ADLAS lebt nun mal von den zugesandten Artikeln aus den unterschiedlichsten Fachrichtungen. Diese zeigen uns immer wieder, wie vielfältig Sicherheitspolitik heutzutage sein kann. Daher sparen wir uns auch das an dieser Stelle bei »Chairborne-Generale« sonst übliche Moltke-Zitat hinsichtlich der Lebensdauer von Plänen und wünschen Ihnen nun eine anregende Lektüre.

Ihre ADLAS-Redaktion

»Wie bringst du Gott am einfachsten zum Lachen? Erzähl ihm deine Pläne.«

Joe Perry, Aerosmith



GESUCHT: KONZEPT

- 5 MILITÄREINSÄTZE: **Hybride Kriegsführung – Novum seit 1938**
Die »fundamental neue« Bedrohung durch den »Hybridkrieg« ist gar nicht so neu.
- 11 TÜRKEI I: **Der Fahrstuhl fährt nach unten**
Mit dem Ende der »Nachbarschaftspolitik ohne Probleme« wird die Türkei zum immer schwierigeren Partner für die EU.
- 15 TÜRKEI II: **Im Sound der 80er weiter im Trend**
Vier Szenarien zum Ausgang der bevorstehenden Parlamentswahl am 1. November 2015.
- 17 USA I: **Die doppelt gebrochene Welt**
Zwei Risse gehen durch eine Welt, deren Ordnung sich verschiebt. Werden die USA ihre Stellung darin halten können?
- 21 USA II: **Die ewige Wiederkehr des gleichen Abgesangs**
Was ist dran an der Debatte über das »Ende des amerikanischen Jahrhunderts«?
- 26 WIRTSCHAFT: **Geschäftsmodell Unsicherheit**
Welchen Einfluss haben private Unternehmen auf unsere Wahrnehmung von Sicherheit?
- 30 WIRTSCHAFT: **F-35 Lightning II - einmal Tarnkappe für alle, bitte**
Der Überflieger in drei Varianten für US-Airforce, Navy und Marines
- 35 NOTIZ: **I, Killer Robot**
Wissenschaftler warnen vor automatischen Tötungsmaschinen



Foto: Mueller/Munich Security Conference

Seite 05



Foto: Thierry Ehrmann/CC BY 2.0

Seite 15

INHALT

GESUCHT: KONZEPT

- 36 LITERATUR I: **Die Geisterflotte**
Das Buch »Ghost Fleet« erzählt vom großen Krieg der Zukunft. Aber eigentlich geht es um die Gegenwart. Die Zukunft wird sowieso anders.
- 40 LITERATUR II: **Einstieg in den Verantwortungsdissens**
Der Sammelband »Schutzverantwortung in der Debatte. Die »Responsibility to Protect« nach dem Libyen-Dissens«.
- 41 LITERATUR III: **General des Friedens**
Eine Hommage an den einst obersten Blauhelm aus Deutschland, Manfred Eisele.
- 42 LITERATUR IV: **Islamistischer Totalitarismus**
Journalistische Bestandsaufnahme in »Die schwarze Macht — Der »islamische Staat« und die Strategien des Terrors«

- 2 EDITORIAL
3 INHALT
44 IMPRESSUM UND AUSBLICK

ADLAS macht Druck:
Das nächste Heft erscheint bereits am
26. November 2015 zum 30-jährigen
Jubiläum des BSH als **Sonderausgabe** —
im **Digital-** sowie **Printformat**.



Foto: Erik Hildebrandt/U.S. Navy/CC BY-ND 2.0

BEDIENUNGSANLEITUNG: Liebe Leserinnen und Leser,

wussten Sie schon, dass Sie sich durch den *ADLAS* nicht nur blättern, sondern dass Sie sich auch **durch unser eJournal klicken** können? Neben den Internetverknüpfungen, denen Sie über unsere Infoboxen »Quellen und Links« in das World Wide Web folgen können, ist jede Ausgabe unseres Magazins intern verlinkt.

Über das Inhaltsverzeichnis können Sie durch das Heft navigieren:

Klicken Sie hier einfach auf einen Eintrag, oder das Bild dazu, und schon springen Sie in unserem PDF-Dokument auf die gewünschte Seite.

Am Ende eines jeden Beitrags finden Sie die Text-Endzeichen ...

Klicken Sie einmal darauf und schon kommen Sie wieder auf die Seite im Inhaltsverzeichnis, von der aus Sie in den Beitrag gesprungen sind. Welchen Weg Sie auch bevorzugen – wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre!



Foto: Widmann/Munich Security Conference

Wenn gegnerische Truppen als getarnter Volksaufstand im eigenen Land unterwegs sind – der ukrainische Präsident Petro Poroschenko präsentierte auf der 51. Münchner Sicherheitskonferenz russische Pässe, die zuvor bei toten Kämpfern in der Ostukraine gefunden worden sein sollen. Der verdeckte Einsatz von Soldaten wird heute hybride Kriegsführung genannt. Aber ist das Phänomen neu?



HYBRIDE KRIEGSFÜHRUNG — NOVUM SEIT 1938

VON STEFAN DÖLLING

Der »hybride Krieg« war auf der letzten Münchner Sicherheitskonferenz zentrales Thema und wurde als die wichtigste Herausforderung der Nato für die kommenden Jahre identifiziert. Doch eigentlich ist daran nichts wirklich neu. Ein Blick in die Geschichte könnte helfen, Antworten auf diese angeblich »fundamental neue« Bedrohung des Friedens in Europa und anderswo zu finden.

München im Februar 2015: Ein Gespenst ging um auf den Fluren des Tagungshotels »Bayerischer Hof«. Ob Kanzlerin Angela Merkel, Außenminister Frank-Walter Steinmeier, die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini, Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg oder dessen oberster Militär, Philip M. Breedlove: durch jede ihrer Reden auf der Münchener Sicherheitskonferenz (MSC) geisterte das Gespenst des hybriden Kriegs oder aber seine kleinere Phantomschwester, die »hybride Kriegsführung«. Meist nur beiläufig fallen gelassen – ganz so als wäre der Begriff selbsterklärend – selten klar definiert, aber offenbar der neueste Hype sicherheitspolitischer Terminologie. Oder doch eher eine Verlegenheitsfloskel als Stichwort auf die Frage, warum sich

MILITÄREINSÄTZE

der Westen mit der Eskalation in der Ukraine so schwer tat? Mit dem gebetsmühlenartigen Verweis auf die vermeintliche Neuartigkeit und Komplexität des Phänomens konnten die politischen Verantwortungsträger und -innen jedenfalls recht erfolgreich ihre Ratlosigkeit angesichts der russischen Aggression in der Ukraine entschuldigen. Denn »neue« und

Waffen, das Anheizen regionaler oder ethnischer Spannungen, die politische Destabilisierung, die ökonomische Strangulierung, die massive Informationskampagne zur Desavouierung der bestehenden Ordnung, die Nutzung sozialer Medien zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung oder Angriffe auf IT-Strukturen« aus. Auf Grundlage derselben

Eine Verlegenheitsbezeichnung für einen alten Hut?

»komplexe« Phänomene müssen ja bekanntlich erst einmal eingehend untersucht und verstanden werden, bevor man sie dann tatkräftig angehen kann. Das kauft Zeit.

Verteidigungsministerin von der Leyen erklärte die vermeintlich neue Art der Konfliktaustragung in ihrer Rede auf der Konferenz dann auch kurzerhand zu einer der »wesentlichen Zukunftsfragen der Sicherheitspolitik«, der es sich künftig »engagiert« anzunehmen gelte. Auch im Konferenzband der MSC, dem »Munich Security Report 2015«, schaffte es der »Hybridkrieg« in der Rubrik »Herausforderungen« aus dem Stand auf die Pole-Position. Der bisherige Blockbuster »Krieg gegen den Terror«, die bereits damals akute Flüchtlingskrise und der Dauerbrenner Energiesicherheit waren damit auf die hinteren Plätze verwiesen.

Immerhin versuchte Ministerin von der Leyen wenigstens, ihrem Publikum einen konkreteren Eindruck davon zu vermitteln, was unter hybrider Kriegführung eigentlich zu verstehen sei. Demnach zeichne sich diese »neue« Herausforderung des Friedens in Europa und anderswo durch »das verdeckte Einschleusen von Geheimdienst, Militär und

Elemente definiert der »Munich Security Report 2015« die hybride Kriegführung als »combination of multiple conventional and unconventional tools of warfare« – also der Verschmelzung konventioneller und unkonventioneller Formen der Kriegführung.

Spätestens an diesem Punkt dürften sich die sicherheitspolitisch interessierte Zuhörerschaft gefragt haben, was genau an der derart definierten hybriden Kriegführung so revolutionär und neu sei.

Denn die Kombination konventioneller und unkonventioneller Kriegführung, gepaart mit ökonomischem und diplomatischem Druck und dem Anwerfen der Propagandamaschinerie im In- und Ausland ist bei näherer Betrachtung nicht erst seit den Konflikten der 1990er Jahre – auch bei westlichen Staaten – eher Regel als Ausnahme im Prozess kriegesischer Konfliktaustragung. Macht es Sinn, für alte Hüte neue Bezeichnungen einzuführen?

Sicherheitspolitische Experten, wie etwa Oliver Tamminga von der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik, haben da begründete Zweifel. Im »SWP-Aktuell« vom März 2015 beschreibt der Fachmann die Genese des Begriffs und bewertet ihn und seine

Verwendung im Rahmen der Ukraine Krise äußerst kritisch. Unter der Überschrift »Verstehen, nicht definieren« gibt er den handelnden Akteuren den guten Rat, sich weniger in unklare Begrifflichkeiten ohne analytische Schärfe zu flüchten. Stattdessen sollten besser die Komplexitäten des konkreten Falles im Rahmen bestehender Begrifflichkeiten analysiert werden. In Bezug auf die von Russland in der Ukraine eingesetzten Mittel stellt er fest, dass »keines der angewandten Instrumente neu« sei.

Allerdings will auch Tamminga dem russischen Einsatz in der Ukraine eine gewisse Novität nicht absprechen. Obwohl alle von den Russen so erfolgreich eingesetzten Elemente bereits bekannt und erprobt seien, liege »die veränderte Qualität [...] vielmehr in ihrer Kombination und der Orchestrierung im Einsatz der Mittel«. Ungewohnt sei auch



Foto: Mueller/Munich Security Conference

Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen bei ihrer Eröffnungsrede zur 51. Münchner Sicherheitskonferenz.

MILITÄREINSÄTZE

»die Professionalisierung in der Anwendung von Informationsoperationen sowie die wachsende Bedeutung ziviler Maßnahmen als »Waffe«, etwa Cyberattacken und energiepolitische Maßnahmen.«

Damit stößt der an der SWP tätige Oberstleutnant der Bundeswehr in das gleiche Horn wie seine Dienstherrin kurz zuvor in München, als sie zum hybriden Krieg erklärt hatte: »Das fundamental Neue ist die Kombination und die Orchestrierung dieses unerklärten Krieges, bei dem erst die Gesamtbetrachtung der einzelnen Mosaikstücke den aggressiven Charakter des Plans entlarvt.«

Wären sie denn gefragt worden, hätten die Fachleute vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam sicherlich von derlei Formulierungen abgeraten und dies mit Verweis auf zahlreiche historische Beispiele auch gut begründen können. Dazu hätten sie dann weder regional noch zeitlich besonders weit zurückschauen müssen. Denn das, was beispielsweise das Deutsche Reich im Zuge der so genannten »Sudetenkrise« im Herbst 1938 mit der Tschechoslowakei veranstaltete, ähnelt bereits auf den ersten Blick frappierend dem beobachteten Szenario in der Ukraine und erweist sich bei genauerer Betrachtung gar als fast perfekte Blaupause für das Vorgehen Russlands auf der Krim und in der Ostukraine. Nimmt man die Ausführungen der Ministerin ernst und demzufolge die Ukrainekrise als Paradebeispiel für hybride Kriegführung an, so führte das Deutsche Reich in der historischen Rückschau – sozusagen »avant la lettre« – bereits im Jahr 1938 einen waschechten Hybridkrieg.

Um sein strategisches Ziel, die »Zerschlagung der Tschechoslowakei« zu erreichen, nutzte es – wie jetzt Putin auf der Krim und in der Ostukraine – die vermeintliche Unterdrückung und Bedrohung einer

nationalen Minderheit als Vorwand, um seine geopolitischen Ziele aggressiv zu erreichen. Da der Preis direkter militärischer Aggression damals wie heute zu hoch schien, war Hitler der direkte Weg über eine »klassische« Invasion verwehrt – er wählte daher einen indirekteren Ansatz.

Das historische Äquivalent der heutigen ukrainischen Separatisten waren vor fast 80 Jahren im Sudetenland die über 40.000 Kämpfer des »Sudetendeutschen Freikorps«. Dieses bestand überwiegend aus sudetendeutschen Männern des Grenzgebietes, wurde aber von der Wehrmacht mit Material ausgerüstet, versorgt, bezahlt und hatte hinter den Grenzpfählen im Deutschen Reich einen sicheren rückwärtigen Raum. Offiziell leugnete Deutschland – ähnlich wie heute Russland in der Ukraine – natürlich jedwede Unterstützung der selbst ernannten »Freiheitskämpfer«. Tatsächlich aber stellten reichsdeutsche »Spezialisten« aus der SA und dem Militärgesamtdienst, der »Abwehr«, das Führungspersonal bis in die Kampfeinheiten, während Stabsoffiziere der Wehrmacht »beratend« in den Stäben wirkten.

Das Gegenstück der auf der Krim beobachteten »kleinen grünen Männer« trug damals feldgrau mit schwarzen Abzeichen. Denn als das tschechoslowakische Militär den, nach der gewalttätigen Vertreibung der Staatsorgane im September 1938 im Gebiet um Aš neu geschaffenen, »Freistaat Asch« durch den Einsatz von gepanzerten Fahrzeugen von den Separatisten zurückerobern wollte, rückten auf Hitlers direkten Befehl umgehend zwei bataillonsstarke, motorisierte und mit Infanteriegeschützen ausgerüstete Kampfgruppen der SS-Totenkopfstandarte »Oberbayern« in den »Ascher Zipfel« ein. Diese »kleinen grauen Männer« hatten vor dem Grenzübergang alle Hoheitsabzeichen von



Oben: Die »kleinen grauen Männer« von 1938 – Angehörige des Sudetendeutsche Freikorps auf dem Marktplatz in Niemes.

Unten: das Gleiche in grün – Russische Truppen 2014 auf der Krim.

den Uniformen getrennt, all ihre Dokumente abgegeben und hielten fortan das »befreite Gebiet« anstelle der überforderten Freikorpsleute gegen die tschechoslowakischen Einheiten.

Wie auch in der Ukraine waren die von Deutschland aus unterstützten Separatisten allein durch Polizei und Gendarmerie schnell nicht mehr in den Griff zu bekommen. Wie auch in der Ukraine wurde der konsequente Einsatz des Militärs aber durch die Präsenz großer grenznaher Truppenverbände des Nachbarn, der sich als Schutzmacht der Separatis-

Foto: Bundesarchiv, Bild 146-1972-026-51 / CC-BY-SA 3.0 & Anton Holoborodko/wikipedia/CC-BY-SA 3.0

ten gerierte und bei einer Eskalation unverblümt mit Invasion drohte, unterbunden. Damals wie heute verhinderte die Drohung mit dem »großen Krieg« die wirksame Bekämpfung des realen »kleinen«.

Dabei hätte die Tschechoslowakei das Militär eigentlich selbstbewusst einsetzen können, denn sie verfügte, anders als die Ukraine, mit Frankreich und Großbritannien über starke Bündnispartner, die sich verpflichtet hatten, im Falle eines Krieges an seiner Seite gegen Deutschland zu kämpfen. Allerdings hatte eine beispiellose, an die Öffentlichkeit der verbündeten Nationen gerichtete reichsdeutsche Propagandakampagne – heute würde man das

Die Stimmung im Inland sowie unter den Sudeten-deutschen hatte das Reichspropagandaministerium sowieso seit längerem fest in der Hand, denn aus den damals neuen Radios dröhnte im Reich wie auch im Sudetenland fast ausnahmslos der zentral gesteuerte »Deutschlandsender«. Die Tschechoslowaken hatten viel zu spät begonnen, ihrer deutschen Minderheit ein Gegenangebot zur reichsdeutschen Propaganda in ihrer Sprache zu machen und so die Deutungshoheit im Äther verloren. Zwar konnte das Reich der Tschechoslowakei, anders als Russland der Ukraine, nicht einfach den Gashahn zudrehen, aber die Drohung mit einem großen

Hybride Kriegführung funktioniert nur, wenn im angegriffenen Land eine marginalisierte Minderheit für den Aggressor mobilisierbar ist.

Informationskrieg nennen – dafür gesorgt, dass man in Prag zu Recht an der Bündnistreue in London und Paris zweifeln musste.

Zwar gab es damals noch kein Internet, aber durch gute Kontakte zur ausländischen Presse – etwa den britischen Zeitungsmagnaten und Nazisympathisanten Harold Harmsworth – konnte Deutschland auch 1938 schon erheblichen Einfluss auf die veröffentlichte Meinung im Ausland nehmen, während ein umtriebige Netzwerk aus Diplomaten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens hinter den Kulissen die französischen und britischen Führungszirkel davon zu überzeugen suchten, dass ein Krieg gegen Deutschland kaum in ihrem Interesse sei.

Wirtschaftskrieg – und das reale Führen eines kleinen im Sudetenland über Bande – war auch damals bereits Teil des Gesamtplans.

Das besonders perfide am deutschen Vorgehen gegen die Tschechoslowakei im Jahr 1938 war, um bei den eingangs zitierten Worten der Ministerin zu bleiben, die »Kombination und die Orchestrierung dieses unerklärten Krieges, bei dem erst die Gesamtbetrachtung der einzelnen Mosaikstücke den aggressiven Charakter des Plans entlarvte«. Der hybride Krieg, auch in seiner derzeit in der Ukraine praktizierten Variante, ist offenbar ein alter Hut.

Doch halt, war da nicht auch was mit »Cyber«? In der Tat spielt die digitale Sphäre in der aktuellen Debatte um den hybriden Krieg unterschwellig oft

eine wichtige Rolle, auch wenn sie in die Definitionsversuche interessanterweise zumeist nicht explizit mit einfließt. Was ist also mit »Cyber«? Liegt hier eventuell das Neue; findet in der Ukraine demnach so etwas wie der Hybridkrieg 2.0 statt?

Eher nicht. Ein wirklicher Cyberkrieg im Stil von Stuxnet & Co. – also der gezielte Angriff auf wichtige oder gar kritische Infrastrukturen – hat in der Ukraine bislang nicht stattgefunden. Erscheinungen wie der »Cyber-Berkut« legten zwar Webseiten lahm oder hackten sich in elektronische Anzeigetafeln, um darüber ihre Propaganda laufen zu lassen. Aber im Grunde beschränken sich die »kriegerischen« Aktivitäten per Datenleitung hüben wie drüben bislang auf die Unterstützung des Krieges um die Deutungshoheit. Auch wenn sich die Technologie seit 1938 vom Radio zum Internet rasant gewandelt hat, sind die Mechanismen des Informationskrieges damals wie heute erstaunlich ähnlich. Daraus eine fundamental »neue« Bedrohung konstruieren zu wollen, erscheint mindestens zweifelhaft.

Da nun die beiden Konflikte grundsätzlich so ähnlich sind, stellt sich unweigerlich die Frage, ob sich aus den Erfahrungen des vergangenen Hybridkrieg Ideen für den Umgang mit dem aktuellen ableiten ließen. Nun, mit Lehren aus der Geschichte ist das so eine Sache. Schon auf Grund der unzähligen Variablen historischer Prozesse, die – anders als bei den Naturwissenschaften unter Laborbedingungen – nie komplett erfasst und ausgewertet werden können, sind Historiker aus gutem Grund eher zurückhaltend, wenn es darum geht, aus vergangenen Situationen konkrete Handlungsanweisungen für die Zukunft abzuleiten.

Dennoch kristallisieren sich in der Rückschau auf die »Sudetenkrise« zwei Punkte heraus, die für den erfolgreichen Verlauf bisheriger Versuche hyb-

MILITÄREINSÄTZE

rider Kriegführung zentral erscheinen und auch bei der befürchteten neuerlichen »Anwendung« durch Russland bei den osteuropäischen Nato-Partnern eine wichtige Rolle spielen würden. Nur auf einen der zwei Aspekte hat die Nato bislang eine überzeugende Antwort gefunden.

Mit der Aufstellung der so genannten »Speerspitze«, dem verstärkten »Air-Policing« sowie großen Manövern in und dem Verlegen von Material nach Ost- und Mitteleuropa, hat die Nato ihre unbedingte Bereitschaft zur Verteidigung ihres Bündnisgebietes zum Ausdruck gebracht. Diese stärkere (Wieder-)Besinnung auf die Abwehr eines gut gerüsteten, konventionellen staatlichen Gegners nimmt der – in der Ukraine wie dem Sudetenland so zentralen und wirksamen – Drohung mit dem Einsatz grenznah stationierten Truppenverbände zum »Schutz« der angeblich bedrohten Minderheit im Fall der baltischen Nato-Staaten den Schrecken und ermöglicht gegebenenfalls lokalen Polizeikräften unter dem Schutz der Allianz die wirksame Verfolgung von Separatisten. Gleichzeitig würde so durch die wirksame Überwachung der Grenzen auch deren Unterstützung durch Waffenlieferungen und die Zuführung von »Spezialisten« deutlich erschwert. Durch die bloße Fähigkeit und Bereitschaft, den »großen« Krieg zu führen ließe sich so der real entstehende »kleine« wirksam frühzeitig eindämmen. Auf die rein militärischen Herausforderungen des Hybridkrieges scheint die Nato also bereits jetzt relativ schnell und wirksam reagieren zu können.

Vermutlich wichtiger als die rein militärische Dimension ist aber der Umgang mit einem Problem, welches überhaupt erst die Grundlage jedes Hybridkrieges bildet: der Minderheitenfrage und ihre Instrumentalisierung durch den Angreifer. Denn die hybride Kriegführung funktioniert überhaupt nur

dann, wenn im angegriffenen Land eine marginalisierte – oder sich marginalisiert empfindende – Minderheit existiert, die als »Fünfte Kolonne« für den Angreifer mobilisierbar ist. Und genau hier haben sich die Baltischen Staaten, welche aktuell als am gefährdetsten gelten, durch ihre – vorsichtig ausgedrückt, problematische – Minderheiten- und Sprachpolitik gegenüber Russland angreifbar gemacht. Sowohl in Estland mit 25 Prozent, als auch in Lettland mit etwa 27 Prozent russischer Minderheit an der Gesamtbevölkerung, besitzt jeweils nur rund die Hälfte dieser »Russen« einen Pass ihres jetzigen Heimatlandes, obwohl sie überwiegend dort geboren sind oder bereits seit Jahrzehnten dort leben. Mit dem damit verbundenen Status des »Nicht-Staatsbürgers« ergeben sich für die Betroffenen in beiden Ländern ganz offiziell erhebliche Einschränkungen bei der Berufswahl und der politischen Mitbestimmung – von der inoffiziellen Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt abgesehen.

Zwar hat sich in den vergangenen Jahren auf diesem Gebiet einiges getan, aber die mangelhafte, von Europarat und OSZE immer wieder problematisierte Integrationspraxis der vergangenen Jahrzehnte gegenüber »ihren« Russen hat in beiden Ländern in Teilen der russischen Minderheit eine Opferidentität kultiviert. Diese erschwert eine echte Integration und bildet einen nahrhaften Boden für die russische Propaganda – auch wenn es den »Russen« in Estland und Lettland objektiv deutlich besser geht, als den Durchschnittsbürgern in Russland. Erschwerend kommt noch hinzu, dass die russischsprachigen Esten und Letten zudem durch den gezielten Aufbau weitgehend einsprachiger nationaler Medienlandschaften in beiden Ländern mangels Alternativen überwiegend auf die durch Moskau gesteuerten russischsprachigen Medienangebote zurückgreifen.

Die Deutungshoheit über die Meinungsbildung dieser Kreise haben die Baltischen Staaten daher derzeit genauso verloren, wie seinerzeit die Tschechoslowaken gegenüber ihrer deutschsprachigen Minderheit. Doch genau auf diesem Gebiet – der Minderheiten- und damit verknüpften Medienpolitik – muss deutlich mehr geschehen, will man der Bedrohung durch hybride Kriegführung wirksam entgegenreten.

Jetzt wäre ein guter Zeitpunkt, um hier gegenzusteuern, zumal auf Grund des, durch das derzeitige Bedrohungsgefühl entstandenen Handlungsdruck in Riga und Tallinn die Chancen für ein grundsätzliches Überdenken der bisherigen Minderheitenpolitik vermutlich so günstig stehen, wie nie. Die Nato als (auch) politisches Bündnis könnte den baltischen Partnern dabei beratend und helfend unter die Arme greifen und so den langjährigen Bemühungen von EU und OSZE neuen Schwung geben. Schon ein Bruchteil der derzeit für die (Wieder) Herstellung und Demonstration militärischer Abschreckung ausgegebenen Mittel würde hier große Wirkung erzielen. Das wäre dann tatsächlich »Smart Defence«. •••

Quellen und Links:

[SWP-Aktuell Nr. 27 zur »hybriden Kriegführung« vom 27. März 2015](#)

[Rede von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen auf der MSC 2015](#)

[Munich Security Report 2015 der MSC vom 26. Januar 2015](#)

[SWP-Arbeitspapier zu den russischen Minderheiten im Baltikum vom 1. Oktober 2013](#)



DER FAHRSTUHL FÄHRT NACH UNTEN

von Björn Hawlitschka

Die Türkei gilt besonders in EU-Kreisen als immer schwierigerer Partner. Dabei hatten noch vor wenigen Jahren viele Analysten den frisch wirkenden Ansatz einer »Nachbarschaftspolitik ohne Probleme« euphorisch begrüßt. Doch die innerhalb nur einer halben Dekade um die Türkei auftretenden Krisenherde und die daran gescheiterte Strategie lassen das Land immer mehr in die Isolation geraten.

»Die Grundsätze der neuen türkischen Außenpolitik und deren Konflikt einhegende Wirkung, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten, sollten von Deutschland im Kern begrüßt und positiv gewürdigt werden.« Mit diesem Satz beginnt eine Seminararbeit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Knapp 30 Absolventinnen und Absolventen des »Seminars für Sicherheitspolitik« hatten sich an der Akademie während ihres sechsmonatigen Lehrgangs mit der »strategischen Bedeutung der Türkei aus deutscher Sicht« beschäftigt. Sie waren in das Land gereist, hatten mit dortigen Vertretern aus Politik und Wirtschaft gesprochen, ihre Erkenntnisse und daraus resultierende Handlungsempfehlungen formuliert und ihre Ergebnisse im Bundeskanzleramt vorgestellt. Das war 2011. Das Arbeitspapier versprühte einen Optimismus, den die Teilnehmer mit hoher Wahrscheinlichkeit auch bei ihrer türkischen Studienreise in den Gesprächen vor Ort aufgesogen hatten.

Wie gesagt – 2011. Zu früh, um die Auswirkungen des gerade angerollten »Arabischen Frühlings« vor allem in Syrien abschätzen zu können. Zu früh, um sich das Erstarken einer Terrororganisation wie dem »Islamischen Staat« (IS) überhaupt vorstellen zu können. Zu früh, um einen Machtkampf in der Türkei, wie er sich aus den Parlamentswahlen von 2015 ergibt, vorhersehen zu können. Es wäre daher unfair, den Verfassern der Seminararbeit Blindheit vor all diesen Entwicklungen vorzuwerfen. Die Lektüre lohnt weiterhin, wenn man staunend feststellt, wie innerhalb von vier Jahren die sich darin festgehaltenen Perspektiven zerschlagen und Parameter fundamental geändert haben: Die Bewahrung der Stabilität im Irak: verloren. Ein am Westen neuorientiertes Syrien: zurzeit undenkbar. Der EU-Beitritt der Türkei: Erwägt den überhaupt noch jemand? Vor dem Hintergrund der mit Russland geplanten Pipeline »Turkish Stream« liest es sich aus heutiger Sicht wie Science Fiction, wenn ein ganzes Kapitel referiert, die Regierung in Ankara könne für

Deutschland ein Partner beim Thema Energiesicherheit werden. Doch so lächerlich es 2015 anmuten mag – vor nur vier Jahren war das denkbar.

Der Fahrstuhl der Türkei fuhr zu diesem Zeitpunkt nach oben. Nun fährt er zweifellos nach unten, und die Frage ist vielmehr, in welchen Keller gewölben er zum Stehen kommt. Um diese Änderung der Fahrtrichtung nachzuvollziehen, müssen wir darüber reflektieren, was in den vier Jahren im

Selbst die beste Wanderkarte nutzt nichts mehr, wenn man in einer anderen Umgebung aufwacht.

regionalen Umfeld der Türkei passiert ist, beziehungsweise was wiederum von Seiten der türkischen Außenpolitik in dieser Zeit nicht oder zu wenig passiert ist.

Der außenpolitische Ansatz Ankaras der letzten Jahre, die oft zitierte »Nachbarschaftspolitik ohne Probleme« geht auf das bereits 2001 veröffentlichte Buch »Stratejik Derinlik« (»Strategische Tiefe«) zurück. Der Verfasser: Ahmet Davutoğlu, damals Berater des heutigen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, später Außenminister und derzeit amtierender Ministerpräsident. Spätestens seit dem Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs gilt diese Politik jedoch als gescheitert. Die Kurzfassung einer Begründung für dieses Scheitern könnte lauten, dass selbst die beste Wanderkarte nichts mehr nutzt, wenn man morgens plötzlich in einer komplett anderen Umgebung aufwacht.

Um diesen »Wandel über Nacht« zu verdeutlichen, müssen wir zurückdenken. So ließ sich noch vor vier Jahren folgendes Lagebild für die unmittelbar angrenzenden Nachbarn skizzieren: Auf Seiten einer »Null Problemo«-Fraktion – stabile Staaten

mit guten bilateralen Beziehungen – in der Nachbarschaft der Türkei standen Aserbaidschan, Bulgarien, Georgien, Syrien und die Ukraine. Anrainer mit kompliziertem Beziehungsstatus, aber auf dem Wege der Entspannung, waren Griechenland und der Iran. Lediglich zu zwei Nachbarn Ankaras galt das Verhältnis als schwierig. Einmal aus historischen Gründen zu Armenien (Belastung durch den Genozid-Disput und Grenzstreitigkeiten) und zum Irak

(Unmut in Bagdad aufgrund des türkischen Einmarschs im Nordirak 2007 im Kampf gegen die kurdische Rebellenorganisation PKK).

Wendet man die Parameter »gute bilaterale Beziehungen und stabiler Staat« für die unmittelbaren Nachbarn der Türkei auf das Jahr 2015 an, bleiben nur noch Bulgarien und Georgien übrig. Und selbst bei Bulgarien muss inzwischen ein Fragezeichen gesetzt werden, da seit 2013 Proteste gegen die Korruption in allen Parteien zu einer täglichen Dauerveranstaltung in Sofia geworden sind und die Stabilität der Regierungsverhältnisse gefährden.

Das Verhältnis zu Aserbaidschan hat durch den türkischen Versuch gelitten, sich mit Armenien besser zu stellen. Schließlich war es ausgerechnet der zwischen Armenien und Aserbaidschan schwelende Berg-Karabach-Konflikt in den Ankara sich 2014 plötzlich auf diplomatischer Ebene einschaltete und zugunsten der armenischen Seite argumentierte. Die Idee der türkischen Initiative: eine Verbesserung der Beziehungen zu Armenien. Das Ergebnis: die Annäherung allein konnte nicht über die Konflikte zwischen der Türkei und Armenien hinweg-

TÜRKEI

täuschen. Und das zuvor wohlwollende Baku war nun auch verärgert.

Mit dem einst befreundeten Präsidenten Baschar al-Assad in Syrien vollzog sich im Zuge des dortigen Bürgerkrieges der Bruch zwischen Ankara und Damaskus. Zwar gelten die 2011 ausgebrochenen Unruhen in Syrien als eine Episode des »Arabischen Frühlings«. Doch blieb aus türkischer Sicht die gewünschte Entwicklung, wie sie zuvor in Tunesien und Ägypten begrüßt worden war, aus: eine Machterlangung gemäßiger Islamisten. Um in erster Linie einen Umsturz der Assad-Regierung zu erreichen, begann die Türkei bereits 2011 oppositionelle Strukturen zu unterstützen. Wobei es sich jedoch nicht nur um politische Gremien wie den »Syrischen Nationalrat« handelte, sondern auch um bewaffnete Rebellengruppen. Solange der Krieg in Syrien andauert und Assad, aber auch Erdogan an der Macht bleiben, ist keine Entspannung zwischen beiden Staaten in Sicht.

Auf der anderen Seite des Schwarzen Meeres steht die Regierung in der Ukraine vor der Herausforderung, den seit dem Umsturz im Februar 2014 drohenden Staatsbankrott abzuhalten, den aus Russland einströmenden Kämpfern im Osten des Landes die Stirn zu bieten und die dem »Rechten Sektor« angehörenden Freiwilligenbataillone unter Kontrolle zu halten. Ankara hat sich in diesem Konflikt zwar bislang nicht eindeutig auf der Seite Moskaus positioniert. Doch das Pipeline-Projekt »Turkish Stream« zwischen Russland und der Türkei ist ein weiterer Baustein für das Vorhaben des russischen Konzerns Gazprom, die Ukraine als Transitland für Gaslieferungen zu umgehen. Anlässlich solcher Vereinbarungen zwischen Moskau und Ankara wird sich vor allem in der EU umso mehr die Frage gestellt, welches Spiel Erdogan treibt.

Der Ausbau der Beziehungen Ankaras zu Griechenland und dem Iran stagniert seit einigen Jahren, was jedoch nicht nur der türkischen Außenpolitik zuzuschreiben ist. Athens Bemühungen werden



Foto: US Air Force/Krystal Ardrey

Widersprüchliche Interessen in Nahost: Vom gemeinsamen Luftwaffenstützpunkt Incirlik, den sowohl die türkische Luftwaffe als auch US Air Force und Royal Air Force nutzen, fliegen die Alliierten Angriffe auf entgegengesetzte Ziele.

sich auch in den nächsten Jahren auf die Finanzierung der Staatsschulden und die Verhandlungen mit internationalen Gläubigern konzentrieren. Die Gestaltung der außenpolitischen Beziehungen zur Türkei dürften derzeit nicht auf der Agenda stehen.

Zudem ist die Aufrechterhaltung der griechischen Zahlungsfähigkeit in erster Linie ein EU-Projekt. Selbst wenn Ankara anbieten würde, bei der Rettung Griechenlands mitwirken zu wollen – wer in Brüssel würde eine Teilnahme des Staates begrüßen, dessen eigene Mitgliedschaft seit vielen Jahren so stark umstritten ist?

Dabei könnte die Türkei ihrem einstigen Erzfeind durchaus bilateral helfen: Die hohe Zahl an Flüchtlingen, die vom türkischen Festland aus die nahe gelegenen griechischen Inseln in Schlepperbooten erreichen, können von den dortigen Behörden kaum noch bewältigt werden. Ein besserer Küstenschutz wäre eine Erleichterung für den Nach-

barn. Doch mit der jetzigen Handhabe setzt sich die Türkei immer mehr dem Eindruck aus, ein Durchreiseland zu sein, das die Flüchtlingsproblematik an die EU outsourcet.

Das mit den »P5+1«-Mächten geschlossene Abkommen zum iranischen Atomprogramm bietet der Islamischen Republik eine Perspektive, wieder auf die internationale Bühne zurückkehren zu können. Erste Anzeichen einer Entspannungspolitik gegenüber Teheran nahm 2011 die bereits zitierte Seminararbeit der BAKS wahr. Es schrieb der Türkei sogar eine Schlüsselrolle als Verhandlungspartner zu, die noch über den Möglichkeiten der »P5+1«-Runde liegen würde. Letztlich kam es 2015 zu einer Einigung mit dem Iran. Allerdings ohne einen besondere Hilfe der Türkei, die zumindest in der Öffentlichkeit erkannt worden wäre.

Eine Ursache hierfür ist der syrische Bürgerkrieg, der die Türkei und den Iran sich jeweils auf der Ge-



genseite wiederfinden ließ. Während sich Erdogan deutlich von Assad absetzte, hält Teheran weiterhin an einer Unterstützung von Damaskus fest. Eine neutrale Rolle Ankaras als Vermittler war und ist damit bis auf weiteres obsolet geworden. Auch ein gemeinsamer Kampf gegen den IS wird beide Regierungen vorerst nicht zusammen bringen. Zwar regte der iranische Präsident Hassan Ruhani Anfang August 2015 diesbezüglich eine Kooperation zwischen Teheran und Ankara an. Doch gleichzeitig forderte er Erdogan auf, die Souveränität Syriens zu respektieren. Die Ende August 2015 angekündigte Großoffensive der Türkei mit geplanten Luftangriffen gegen den IS auf syrischem Boden wird aber genau diese Bedingung des Irans verletzen.

Die Bilanz der türkischen Außenpolitik in den letzten vier Jahren sieht daher alles andere als rosig aus. Und das, wenn wir nur die direkten Anrainerstaaen betrachten. Weitere Sonderkapitel in der türkischen Außenpolitik wären der Zick-Zack-Kurs gegenüber Israel, die diplomatischen Spannungen mit Ägypten seit der Entmachtung der Muslimbru-

derschaft 2013, das unter diesen Streitigkeiten leidende Verhältnis zu Saudi-Arabien, die deutlicher werdenden Differenzen mit Russland in Bezug auf Syrien und die Unterstützung der muslimischen Uiguren in China bei gleichzeitigen Waffeneinkäufen im Reich der Mitte.

Auch in Nato-Kreisen sorgt dieses Verhalten für die Wahrnehmung, mit der Türkei ein unzuverlässiges Mitglied zu haben. Die Unberechenbarkeit der derzeitigen Außenpolitik birgt für die Türkei die Gefahr, dass sie sich in die Isolation manövriert.

Immerhin die einzige stabile, aber leider negative Konstante, ist dagegen das türkische Verhältnis zu Armenien: Wobei sich die Beziehungen 2015 anlässlich des Gedenkens an den Genozids von 1915 beziehungsweise dessen fortwährender Leugnung von türkischer Seite noch einmal deutlich abkühlten. Eine Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Osmanischen Reiches hat in all den Jahren in der offiziellen Türkei nicht stattgefunden. Es wird zudem noch weitere Generationen benötigen, um die immer noch in der Gesellschaft vorherrschenden Ressentiments gegenüber Armeniern abzubauen.

Natürlich sind die Krisen im regionalen Umfeld der Türkei – wie in der Ukraine oder in Griechenland oder der Verlauf des »Arabischen Frühlings« – keine Folge der Außenpolitik Ankaras. Aber der Umgang mit ihnen hat das Scheitern der Nachbarschaftspolitik ohne Probleme« offenbart. Die Strategie mag bei stabilen Staaten, mit denen man bereits gute Beziehungen pflegt, funktionieren. Doch erwies sie sich nicht als hilfreich für in Not geratene Nachbarn (Griechenland, Ukraine) oder bei histo-

risch bedingt schwierigen Beziehungen (Armenien). Eine Strategie, die nur bei Schönwetterfahrten funktioniert, ist keine Strategie.

Die Kurzsichtigkeit der türkischen Außenpolitik lässt ein wenig durchdachtes, sondern eher affektives, nur auf den eigenen schnellen Vorteil abzielendes Handeln vermuten. Das macht die Türkei derzeit zu einem unberechenbaren statt verlässlichen Partner. Einziger Trost für Erdogan, obgleich weltweit gesehen eine beunruhigende Nachricht: In dem nach unten fahrenden Lift der kurzsichtigen Regenten steht er nicht allein. ...

Quellen und Links:

Video »Türkei: Außenpolitik in der Sackgasse« des geopolitischen Magazins »Mit offenen Karten« vom 10. Oktober 2015

Hintergrundbericht »The Unbearable Lightness of Blaming Erdogan: What Turkey Experts Are Not Telling You« im Blog War on the Rocks vom 8. September 2015

Hintergrundbericht »Erdogans Zweifrontenkrieg« der Blätter für deutsche und internationale Politik, Ausgabe 09/2015

Kurzanalyse »Erdogan könnte für Europa gefährlicher werden als Putin« von Albert Stahel, Institut für Strategische Studien der Universität Zürich vom 7. August 2015

Dossier »Die türkische Außenpolitik« der Bundes-zentrale für politische Bildung vom 11. Juni 2015

»Seminarübergreifende Aufgabe: Europa und der Vordere Orient – zur strategischen Bedeutung der Türkei« des »Seminars für Sicherheitspolitik 2011« an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik vom Juni 2011



IM SOUND DER 80ER WEITER IM TREND

von Björn Hawlitschka

Die Türkei wählt am 01. November 2015 ein neues Parlament — wieder einmal. Die Urnengänge vom diesjährigen Juni bzw. die darauf folgenden Koalitionsverhandlungen ließen die bislang allein regierende AKP keine Regierungspartner finden. Nun sollen Neuwahlen entweder der AKP wieder eine absolute Mehrheit sichern. Oder aber eine Koalition kann das Land weiter regieren. Doch das Land befindet sich unter Erdogan mit dem seit Ende Juli 2015 wieder aufgenommen Kampf gegen die PKK auf einem Retro-Trip in die 1980er Jahre. Wir haben daher vier mögliche Szenarien für die nächsten Wochen mit Hits der 80er kombiniert.

»The Winner takes it all«

Szenario 1: Der Erdogan-Regierung gelingt es die kurdische Minderheit angesichts eines wiederaufstandenen PKK-Terrorismus so zu kriminalisieren, dass es zu Lasten der pro-kurdischen Partei HDP geht. Sofern diese bei einer Neuwahl an der Zehn-Prozent-Hürde scheitert, könnte die AKP sich die lang ersehnte absolute Mehrheit sichern.

In dem Fall könnte Erdogan sein angestrebtes Präsidialsystem umsetzen, seinen konservativen Islamismus weiter etablieren, kurz: die aktuelle Politik unter besseren Machtvoraussetzungen fortsetzen. Voraussetzung sind dafür sind jedoch mindestens 42 Prozent der Wählerstimmen. Allerdings lag die AKP Anfang Oktober laut einer Umfrage des Ge-

zici-Instituts nur noch bei 39,8 Prozent. Das wird sehr knapp. Und auch wenn ein Eintreffen dieses Szenario keine Begeisterungstürme in Europa auslösen würde, verglichen mit den folgenden Szenarien wäre es noch das kleinste Übel.

»Two Hearts beat as One«

Szenario 2: Sollte die AKP bei den Neuwahlen wieder keine absolute Mehrheit erreichen, beginnen die Koalitionsverhandlungen von vorn. Ein Regierungsbündnis mit der kemalistischen CHP und der pro-kurdischen HDP wären jeweils weiterhin unwahrscheinlich. Angesichts einer sich verschärfen Sicherheitslage (Kampf gegen IS- und PKK-Terror) könnten nationalistische Tendenzen Auftrieb erhalten und damit den nötigen Kitt zwischen der konservativ-religiösen AKP und der rechtsextremen MHP bilden.

Welches gesellschaftliches Klima sich entwickeln kann, wenn Politik sich auf die zwei Säulen nationalistisches Gehabe und fundamentalistischer Glaube abstützt, kann derzeit in Russland beobachtet werden. Zudem wäre eine erneute Aufnahme des Friedensprozess mit der kurdischen PKK an der Seite eines nationalistischen Koalitionspartnern schwerer zu bewerkstelligen als es eine allein-stehenden AKP-Regierung angesichts der verhärteten Fronten ohnehin schon vor Probleme stellen würde.

»Land of Confusion«

Szenario 3: Auch wenn viele Kommentatoren in Erdogan ein Abziehbild des russischen Präsidenten Putins sehen – die Machtstellung des türkischen Staatsoberhaupt gilt keineswegs als absolut gesichert. Das liegt nicht nur an den derzeit fehlenden Stimmen zur absoluten Mehrheit der AKP im Parlament sowie dem damit verbundenen Misserfolg einen Koalitionspartner zu finden. Auch partiintern steht Erdogan nicht in einem Zentrum der Macht, wovon aus alle Fäden gezogen werden können. Hier verläuft ein Jahre alter Grabenkampf zwischen Erdogan-Anhängern und der sogenannten Gülen-Fraktion.

Sollte Erdogan auch die nächste Wahlschlacht verlieren und der Protest auf der Straße gegen ihn und die AKP weiter zunehmen, muss der Präsident als angeschlagen betrachtet werden. Dann schlägt die Stunde der Konkurrenten aus

den eigenen Reihen. Aber auch sie werden vor dem Problem stehen für die AKP einen Koalitionspartner zu finden, um eine handlungsfähige Regierung bilden zu können.

»Walk like an Egyptian«

Szenario 4: Sollten nach Neuwahlen die Schwierigkeiten einer Regierungsbildung weiterhin das Land lähmen, ist auch das Szenario eines Putsches nicht auszuschließen. Allein im zwanzigsten Jahrhundert intervenierten türkische Streitkräfte trotz NATO-Mitgliedschaft dreimal: 1960, 1971 und 1980. Ebenfalls zu erwähnen ist der *Subat sureci* – der postmoderne Staatsstreich von 1997: hier setzte die Generalität die Regierung mit einem Memorandum unter Druck, die schließlich zurück trat und somit den Weg für die Aufstellung eines neuen Premiers und seines Kabinetts frei gab. Das Militär putschte sich also nicht an die Macht wie seinerzeit die Armeeführung in Ägypten 2013. Es trat eher als Rauschmeißer auf. Auch eine solche Wiederholung wäre möglich. Für diesen Fall sollte sich der Name des Generals Necdet Özel gemerkt werden, seit 2011 Generalstabschef und damit oberster Befehlshaber des Heeres.

Allerdings war Präsident Erdogan angesichts putschfreudiger Streitkräfte in der Vergangenheit nicht untätig gewesen. Er ließ mehrfach Verhaftungen in Kreisen der Generalität durchführen, sofern sich der Verdacht eines Umsturzes gegen ihn auch nur andeutete. Daher ist im Augenblick schwer einzuschätzen, ob sich konspirative Kreise im Offiziers- und Generalkorps noch bilden können.

Und auch sie stünden nach erneuter Intervention vor der Herausforderung den Scherbenhaufen zersplitterter Parteien und Gruppierungen zu einem Regierungsgebilde zu kitten. Zudem: schon die Machtübernahme von General al-Sisi in Ägypten 2013 bereitete den USA Schwierigkeiten bei der Fortzahlung der Militärhilfe an Kairo. Erst die von al-Sisi inszenierte Nachreichung einer Legitimierung als gewählter Präsident ließ rechtliche Bedenken ausräumen. Doch kann sich ein Mitglied der NATO-Wertegemeinschaft ein solches Manöver erlauben?

Unwahrscheinlich ist dagegen, dass Erdogan selbst die Armee zu Machtergreifung einsetzen kann, auch wenn deutschen Medien gern suggerieren, der Präsident habe die Metamorphose zum Vollzeit-Diktator längst abgeschlossen. Zum Einen steht die Rolle des Militär als traditioneller Hüter des Kemalismus im Widerspruch zum konservativen Islamismus der AKP. Zum Anderen fehlt dem Staatsoberhaupt aufgrund fehlender Armee-Karriere der Rückhalt im Militär. Erdogan ist nicht der Generalität verhaftet, er lässt sie verhaften. •••



DIE DOPPELT GEBROCHENE WELT

von Moritz Rudolph

»Es ist ein Weinen in der Welt«: Von Osteuropa über den Nahen Osten bis in den Maghreb und die Sahelzone hinein spannt sich ein Krisenbogen, der Schneisen aus Gewalt und Zerstörung in die liberalen Globalisierungsträume schlägt. Das Brodeln an der Oberfläche ist nur Symptom einer tieferen Sedimentverschiebung, die von einer neuen Ordnung kündigt, deren Konturen sich nur vage abzeichnen. Wagen wir eine begründete Spekulation darüber, was sich in diesen Zeichen des Übergangs offenbart.

Vorbei die Zeit, als man die Welt unter dem gemeinsamen Banner von Globalisierung und Völkerrecht friedlich zusammenwachsen sah. Vergangen aber auch jener Moment, in dem man in den USA den Träger dieser beiden wichtigsten Pfeiler der Weltgesellschaft zu erkennen glaubte. Der vermeintliche Weltpolizist vermag nicht viel auszurichten gegen den Zerfall und so muss die unverzichtbare Nation Verzicht üben; die alte Welt scheint daran zu zerbrechen.

Ein erster Riss, der durch die Welt geht, ordnet die Machtverhältnisse neu. Das globalisierte Universum zerfällt und weicht einem Pluriversum gleichberechtigter Blöcke, die um Einflussphären ringen. Wir wissen noch nicht genau, wer darin einen festen Platz erhalten wird. Die USA sind ge-

setzt, wahrscheinlich auch China, vielleicht Russland und in irgendeiner Form auch Europa. Möglich, dass Brasilien, Indien, Indonesien und andere Hegemonieaspiranten eine Rolle spielen werden – Südafrika, die Türkei, Iran und Saudi-Arabien etwa.

Die Verschiebung folgt – zumindest in ihrer Anfangszeit – dem Takt der Ökonomie. Neue Mächte stiegen auf, weil sie sich erfolgreich dem Wertgesetz unterwarfen und in der globalen Produktions-

Die postdemokratische Organisation EU-Europas und die nochmalige Verschärfung des Demokratiedefizits in der Eurokrise kündeten vom imperialen Wandel des europäischen Einigungsprojekts.

Noch sind die Blöcke in Bewegung, die Grenzen noch nicht abgesteckt. Sind sie es aber erst einmal, wird eine allgemeingültige »Monroe-Doktrin«, die es »raumfremden Mächten« untersagt, sich in großrauminterne Angelegenheiten einzumischen, der

sinken lassen und nicht selten die imperiale Intervention anziehen. Imperien gibt es viele, sie werden zur bestimmenden Organisationsform der Großräume. Mit ihnen schleicht sich auch die imperiale Verführung ein in die Zentren der Welt – Beijing, Brüssel und Moskau können ihr ebenso erliegen wie Washington. Wenn das geopolitische Spiel zu weit

Die aktuelle Umgestaltung der Welt ist nur eine Wiederherstellung der alten Multipolarität des 19. Jahrhunderts.

hierarchie aufstiegen. Erst später, wenn der materielle Kern bereits zur Reife gelangt ist, muss ein Teil von ihm in Militärisches, Politisches und Kulturelles umgewandelt werden. China tut dies gerade. Russland versucht es auch, ist aber zu ungeduldig. Nassforsch weitet es das von ihm kontrollierte Gelände aus; auftrumpfend bewegt es sich auf der großen Bühne, verschiebt Grenzen, noch bevor eherne Schwellen der inneren Entwicklungen erreicht sind. Das Land könnte das destabilisieren. Die in einer instabilen Welt notwendige Umwandlung von wirtschaftlicher in militärische und politische Macht zwingt den Handelnden eine geopolitische Logik auf, die derzeit weltweit eine Renaissance erlebt.

Eine neue Großraumordnung entsteht. Regionale Führungsmächte organisieren den sie umfängenden Raum. Macht nimmt darin wenig demokratische Formen an. In ihrem Innern ähneln die Blöcke eher der Gestalt von Imperien – mit vom Zentrum zur Peripherie hin abgestuften Beteiligungsgraden.

einzig noch verbliebene Universalismus sein. Moralische Fragen werden blockintern verhandelt; keiner, der darüber stünde und die Blöcke zu zähmen vermag. Die Vereinten Nationen sind nicht mehr als ein Forum, auf dem die Großen sich austauschen können. Die »postnationale Konstellation« (Habermas), in der wir uns längst befinden, lässt zwar ein »Regieren jenseits des Nationalstaats« (Zürn) zu, erzwingt es gar, geht aber nicht über in den idealistisch überhöhten »künftigen kosmopolitischen Zustand« (Habermas). Der Weltsoverän erscheint nicht. Die herausziehende Ordnung der globalen Oligarchie beendet das »Ende der Geschichte«, das Francis Fukuyama nach dem Fall der Berliner Mauer euphorisch verkündet hatte.

Glücklich, wer bereits in einem Imperium aufgegangen ist. Aber in den Bruchzonen dazwischen (Ukraine) und in den bislang noch hegemoniefreien Räumen (Naher Osten, Subsahara-Afrika) tun sich Vakua auf, die Gesellschaften im Bürgerkrieg ver-



Foto: White House / Ricki/CC BY-ND 2.0

Wenn hegemonialer Machtanspruch immer häufiger auf Trotzhaltung trifft – die Präsidenten Obama und Putin bei den D-Day-Feierlichkeiten 2014.



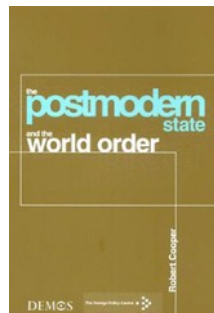
Der britische Diplomat Robert Cooper sieht die Welt als eine dreigeteilte. In dem Buch »The Postmodern State and the World Order« veröffentlichte er seine These bereits 1996.

Literatur

Robert Cooper

»The Postmodern State and the World Order«

Demos (1. Aufl.) 1996.
50 Seiten, ab 15,00 Euro



getrieben wird und es die Kräfte überstrapaziert, droht ihnen der *imperial overstretch*, der die Blöcke selbst und die Gleichgewichtssysteme zwischen ihnen kollabieren lassen kann.

Im Grunde ist die Umgestaltung der Welt nur eine Wiederherstellung alter Multipolarität, die im Wiener System des 19. Jahrhunderts ihren Vorläufer hat. Doch ist sie jetzt zum ersten Mal wahrhaft global: im 21. Jahrhundert gibt es kein Außen mehr. Und so wie seinerzeit die Versöhnung der Unversöhnlichkeit durch kluge Realpolitik gelang, kann auch in der neuen Weltordnung das Ringen um Einfluss gebändigt werden. Es muss keinen Krieg geben, solange die Zentren sich wechselseitig als Gleiche anerkennen.

Unübersichtlicher wird das Feld durch einen zweiten Riss in der Welt, an dem sich die Blöcke nicht als Machthabende, sondern als ideologische Kontrahenten gegenüberstehen. Nicht der abstrakte Machtkonflikt bringt ihn hervor, sondern die Auseinandersetzung um die konkrete Ausgestaltung des gesellschaftlichen Innenraums und der globalen Ordnung.

Dem britischen Diplomaten Robert Cooper zufolge ist die Erde heute dreigeteilt und besteht aus einer postmodernen, einer modernen und einer prämodernen Welt. Geopolitik findet vornehmlich in den Räumen peripherer (prämoderne Welt) und souveränistischer (moderne Welt) Staatlichkeit statt. Es ist diese die Hobbessche Welt zynischer Realpolitik, in der Krieg nach wie vor »Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln« (Clausewitz) ist; dazu gehören etwa Russland und China. Aber auch die USA bewegen sich nicht selten in dieser Welt. In der postmodernen Welt wirtschaftlich entwickelter, demokratischer und supranational kooperierender Staaten gelang es hingegen, den offenen Krieg untereinander beizulegen. Der Konflikt ist hier aber nicht einfach verschwunden, sondern aufgehoben. Fortan wird er in der »geoökonomischen« Gramma-

tik (Luttwak) des Handelskrieges ausgetragen. In der postmodernen Welt ist der demokratische Friede Realität, nur an den Grenzen zur modernen Welt kommt es zu gewaltsamen Konflikten. Vorreiter ist hier die Europäische Union, während die USA Elemente sowohl der modernen als auch der postmodernen Welt auf sich vereinen. Daneben existiert drittens eine prämoderne Welt peripherer Staatlichkeit. Wie in der postmodernen Welt, sind auch hier die Grenzen durchlässig. Allerdings ist diese im Unterschied zu jener wirtschaftlich unterentwickelt, politisch instabil und zieht die Intervention der anderen beiden Welten an.

Die Dreiteilung der Erde konfrontiert die Staaten mit widersprüchlichen Anforderungen: Sie müssen geoökonomisch denken, doch kooperationsbereit und offen für überstaatliche Zusammenschlüsse sein und zugleich die klassische geopolitische Klaviatur beherrschen. Diese gleichzeitige Ungleichzeitigkeit hat weitreichende Konsequenzen für den globalen Machtkampf. Denn dieser wird nun nicht mehr nur um bloß quantifizierbare Machtansammlungen und Gleichgewichtszustände geführt, sondern auch um qualitative Organisationsprinzipien der Blöcke und schließlich die Spielregeln der Weltordnung: Welches politische Ordnungsmodell ist legitim? Wie wird Globalisierung institutionell abgesichert? Wie viel Protektionismus ist darin erlaubt? Was gehört in den Völkerrechtskatalog? Diese Fragen werden moderne Blöcke anders beantworten als postmoderne Formationen.

Im Moment seiner machtpolitischen Verhärtung bringt das globale Blocksystem also einen neuen Schwung hervor, den es aus diesem Ideenkampf zieht. Auch diese Auseinandersetzung um die gute Ordnung kennen wir bereits aus dem Wiener System, in dem sich liberal-revolutionäre Westler und konservative Ostler gegenüberstanden. Doch der Schwung birgt Gefahren; mit ihm tritt neben den machtpolitischen *imperial overstretch* die Möglich-

keit eines *ideological overstretch*, der aus Zivilisationshybris oder reaktionären Absichten heraus das Gleichgewicht stören kann.

Auch in der neuen Ordnung, die viele Zentren hat, gibt es eines, das die anderen an Stärke übertrifft. Noch in der Verschiebebewegung weiß Washington seinen Platz zu behaupten, auch wenn der Vorteil Amerikas nur noch ein quantitativer, kein qualitativer mehr ist. Zwar ist der »unipolare Moment« (Krauthammer) wohl spätestens mit der Finanzkrise unwiederbringlich vorüber, doch auch in der kommenden Ordnung, die multipolar ist, wird Amerikas Stellung herausragend sein. Denn »Multipolarität« ist nur ein Teil der Wahrheit. Samuel P. Huntingtons »uni-multipolare« Weltordnung ist da präziser, in der es viele Zentren gibt und eines erstes unter Gleichen ist.

Anders als seine Kontrahenten vermag Washington auf allen vier Feldern der Macht zu brillieren – Ökonomie, Militär, Politik und Kultur: noch immer erwirtschaftet es circa ein Fünftel des weltweiten Sozialprodukts, stellt die Weltwährung, ist gut positioniert in globalen Finanznetzwerken, verfügt über eine dynamische Demografie. Der amerikanische Militärhaushalt kommt für fast die Hälfte der globalen Rüstungsausgaben auf, Truppen sind auf allen Kontinenten stationiert, das Bündnissystem ist weit verzweigt und reicht deutlich über die Nato hinaus. Technologisch sind amerikanische Firmen und Universitäten führend. Zusammen mit Hollywood produzieren sie überdies eine Ideologie, die ungeheuer anziehend wirkt auf globale Eliten. Diese wiederum verbreiten den »American way of life« weltweit und machen die USA für viele zum Sehnsuchtsland.

All dies sichert Washington große relationale Macht, die es ihm erlaubt, anderen seinen Willen aufzudrücken. Doch noch entscheidender sind seine beträchtlichen strukturellen Machtmittel, deren Gebrauch den Raum verschiebt, in dem seine Konkurrenten sich bewegen. Strukturelle Macht steckt

die relationale Macht von morgen ab. Sie gestaltet die institutionelle Architektur globaler Politik – und gerade hierin sind die USA besonders stark. Diese beeindruckende Instrumentensammlung ermöglicht Washington ein Changieren zwischen den drei Welten: es beherrscht sowohl die geoökonomische als

Doch der Verlust der unipolaren Stellung kann auch einen Phantomschmerz auslösen, der erst recht Allmachtsphantasien evoziert. Wer das Vergangene betrauert, wer der glorreichen Tage beinahe unumschränkter US-Suprematie gedenkt, in denen es noch gelang, das amerikanisch-Partikulare mit dem

Jenseits des Unipolarkreises lauert der Phantomschmerz.

auch die geopolitische Klaviatur, dominiert die Handelsordnung und kann militärische Operationen durchführen, kann *good cop* und *bad cop* in einem sein. Die USA sind eine komplette Macht, die alle vier Machtsorten miteinander zu verbinden weiß. Ihr Einfluss auf die heraufziehende Weltordnung, die sich aus dem Chaos der Gegenwart erheben wird, dürfte groß sein.

Und dennoch schwebt über all dem der doppelte Vorbehalt des *imperial* und *ideological overstretch*; kluge Realpolitik kann beides verhindern. Zwei Szenarien sind denkbar: Möglich, dass die ideologische Versuchung heute geringer ist als noch vor 15 Jahren – das vergleichsweise umsichtige Agieren der Obama-Administration könnte einen Hinweis darauf geben. Befreit von der Last, als einzige Macht sein Schicksal selbst in die Hand nehmen zu können, schwinden auch amerikanische Allmachtsphantasien und mit ihnen die imperiale Versuchung; die Gefahr eines *overstretch* sinkt. Fügt sich Washington den Spielregeln des entstehenden Mächtekonzerts und akzeptiert es, dass die ideologischen Brüche darin einstweilen unversöhnlich sind, dann wird auch das kommende Zeitalter eine amerikanische Signatur tragen.

Universalen, der Weltordnung, zur Deckung zu bringen, dem ist schon eine »uni-multipolare« Ordnung, in der man bloß noch Erster unter ansonsten Gleichen ist, ein schmerzlicher Verlust. Nicht wenige Weltmächte mussten blutig gezwungen werden, sich der neuen Ordnung anzupassen, obwohl es realpolitisch zweifellos vernünftiger gewesen wäre, sich zu fügen. •••

Moritz Rudolph ist *Politologe*. Zurzeit studiert er *Philosophie in Tübingen*.

Quellen und Links:

Essay von Samuel P. Huntington: »The Lonely Superpower«, in: Foreign Affairs, Jg. 78, No. 2, 1999

Studie von Edward N. Luttwak: »From Geopolitics to Geo-Economics. Logic of Conflict, Grammar of Commerce«, in: National Interest, No. 20, 1990



Foto: geralt/pixabay/CC0 1.0

Amerika befindet sich wieder einmal im Niedergang. Verkündungen über das Ende der Vorherrschaft der USA – wie »Waving Goodbye to Hegemony« und »The End of the American Era« – erfreuen sich großer Beliebtheit. Andere Experten halten dagegen, die These vom Untergang der USA kehre mit einer gewissen Regelmäßigkeit wieder. Doch habe sich Amerikas Macht als beständig erwiesen und werde dies auch in Zukunft tun. Was ist also dran an der Debatte vom »Ende des amerikanischen Jahrhunderts«?

DIE EWIGE WIEDERKEHR DES GLEICHEN ABGESANGS

von Daniela Braun

Gary Shteyngart floh 1979 mit seiner Familie aus der zerfallenden Sowjetunion in die Vereinigten Staaten. Heute prophezeit der jüdisch-russische Schriftsteller seiner neuen Heimat ein ähnliches Schicksal wie dem ehemaligen Ostblock: »Mein ganzes Leben lang habe ich versucht aufzuholen. Und jetzt, wo ich aufgeholt habe, geht das Land zum Teufel. Jedes Weltreich, in das ich einen Fuß setzte, zerfällt.« Mit dieser Annahme steht er bei weitem nicht allein da.

Die sogenannten *Declinists* – Anhänger der These vom nahenden Ende des amerikanischen Jahrhunderts – argumentieren, es sei »Naturgesetz« des internationalen Systems, dass jedes Weltreich und jede Weltmacht nur eine begrenzte Lebenszeit habe. So wie einst das römische Imperium zerfiel oder auch die britische Vorherrschaft zu Ende ging, so würden die besten Tage Amerikas bereits hinter uns liegen. Aufwind bekam die These insbesondere aufgrund der innenpolitischen Blockaden im Kongress und Senat sowie starker wirtschaftlicher Probleme ab 2007. Darin sehen manche Beobachter dauerhafte Verfallstendenzen. Gerade vor dem Hintergrund der ökonomisch steilen Entwicklung einstiger Schwellenländer – dem »Aufstieg der Anderen« – urteilten einige Kommentatoren unweigerlich: »America is in unprecedented decline«, so zum Beispiel der Politikwissenschaftler Robert A. Pape von der University of Chicago.

Dagegen erinnern die *Non-Declinists* gern daran, dass die Debatte vom Zerfall der amerikanischen Vormacht unter den politischen Eliten mit einer gewissen Regelmäßigkeit immer wieder ausbricht. So sorgte bereits der Sputnikschock sowie der Rückzug der Amerikaner aus Vietnam für Diskussionen, ob die USA ihre weltpolitische Bedeutung verlieren würden. Kritiker der Untergangs-These verweisen darauf, dass es im Laufe der Zeit viele Konkurrenten der USA gegeben habe. Doch keiner war in der Lage, Amerika den Platz streitig zu machen: »At one point the future spoke in Russian, then in Japanese

and now the bets are on Mandarin« diagnostiziert der britische und Militärgeschichtler Lawrence Freedman. Auch in Zukunft würde sich Amerikas Macht als beständig erweisen.

Natürlich wird eine eindeutige Antwort auf die Frage, welche Rolle Amerika auf der weltpolitischen Bühne spielen wird, nur die Zukunft zeigen. Dennoch lohnt sich eine Prognose aufgrund bestimmter Entwicklungen wichtiger »Machtwährungen« unserer Zeit zu wagen.

Ökonomische Stärke ist die zentrale Kapazität einer Supermacht. Betrachtet man den Anteil Amerikas am Weltmarkt, muss man schnell feststellen,

Declinists vs. Non-Declinists: Ist das Glas halb voll oder halb leer?

dass sich dieser – wenn auch weiterhin sehr hoch – seit den 1980er Jahren stark rückläufig entwickelt hat: Während Amerika 1980 noch 26% Anteil am weltweiten Bruttoinlandsprodukt besaß, sind es 2014 nur noch 19% (Statista, USA: Anteil am kaufkraftbereinigten globalen Bruttoinlandsprodukt). Im Zuge der schwersten ökonomischen Rezession seit der großen Depression in den 1920er und 1930er Jahren stiegen 2007 die Arbeitslosenzahlen von 4,6% auf 9,6% 2010 und liegen aktuell bei 5,3% (Bureau of Labor Statistics Data). Auch wenn Amerika nach wie vor eine starke Wirtschaftsmacht ist und nach den negativen Zahlen in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise aktuell wieder solide Wachstumsraten aufweist, so kann doch nichts über die Tatsache hinweg täuschen, dass es nicht mehr länger als die unangefochtene Nummer eins der Weltwirtschaft gilt. Die Diskussion, wann China Amerika als größte Volkswirtschaft ablösen wird, ist in vollem Gange. Die gigantische Staatsverschul-

dung, wachsende soziale Ungleichheit innerhalb der amerikanischen Gesellschaft sowie gravierende Schwächen im Bildungssystem und in der Infrastruktur stellen die USA vor immense Probleme.

Dennoch, so behaupten die Gegner der These, verfügen die USA über eine starke »Geheimwaffe«, die Voraussetzung für das Erfolgsmodell Amerikas ist: Kreativität und Innovationskraft. »In America innovation doesn't just change our lives. It is how we make our living«, so Präsident Obama in seiner Rede an die Nation 2011. Die mobile Revolution gilt als eines der wichtigsten ökonomischen Zugpferde unserer Zeit. Gerade die Innovationsfähigkeit der

amerikanischen IT-Branche, die in der Tatsache verdeutlicht wird, dass die führenden Unternehmen wie *Apple*, *Google*, *Facebook* und *Amazon* ihren Sitz in den USA haben, zeigen das weiterhin starke ökonomische Potential Amerikas.

Aber auch wenn die USA in verschiedenen Rankings, wie zum Beispiel dem Global Electric Innovation Barometer oder dem Global Competitiveness Index des *Davos World Economic Forum* weiterhin unter den innovativsten Ländern aufgeführt werden, verlieren sie langsam ihre Spitzenposition. Innovationsfähigkeit hängt von vielen Faktoren ab, unter anderem von der Stärke im Bereich Bildung und Wissenschaft. Genau hier haben die USA ein Problem. Zwar befinden sich die heutigen Spitzenuniversitäten noch immer in den USA. Doch ist das Forschungs- und Bildungssystem insgesamt eher mittelmäßig, wie die mittlere Position im *BDI-Deutsche Telekom-Stiftung-Innovationsindikator* verrät.

WELTMACHT USA

Möchten die USA weiterhin führend im Bereich technologische Innovation bleiben, müssen dringend Reformen - zum Beispiel im Bildungssystem - angestoßen werden. Aber genau hier liegt das größte Hindernis für den Erhalt der amerikanischen Spitzenposition: Die Blockaden im politischen System Washingtons. Auch wenn so mancher Kommentator auf die Tatsache verweist, dass es Blockaden schon immer im amerikanischen System gegeben hat, so kann nichts über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die Polarisierung und Ideologisierung der amerikanischen Parteien ein Ausmaß angenommen hat, wie man es seit dem amerikanischen Bürgerkrieg Ende des 19. Jahrhunderts nicht mehr gekannt hat. Zu dem Ergebnis, dass die Polarisierung der Parteien in den letzten Jahrzehnten auf ein herausragend starkes Maß angewachsen ist, kommen auch zahlreiche Studien, die das Abstimmungsverhalten beider Parteien im Senat und House untersuchen (University of Georgia: DW-Nominate). Die Kompromissfähigkeit, auf die das amerikanische politische System so dringend angewiesen ist, scheint nahezu komplett verloren gegangen zu sein. Während in den 80ern und 90ern noch größere überparteiliche Gesetzesentwürfe möglich waren, haben solche Initiativen seit den letzten Jahren geringe Erfolgsaussichten. Die politische Handlungsfähigkeit Washingtons ist nachhaltig gestört.

Auf Grund dessen stufte Standard and Poor's im August 2011 die Kreditwürdigkeit herab: »effectiveness, stability and predictability of American policymaking and political institutions have weakened« lautete dazu die Begründung der Rating-Agentur. Wichtige Entscheidungen sind blockiert oder werden in letzter Minute verabschiedet, wie die Verhandlungen zur fiskalpolitischen Klippe zur Jahreswende 2012/13 gezeigt haben. Dringend benötigte Reformen im Bereich Forschung und Bildung, die die Innovationsfähigkeit erneut stärken könnten, sind nicht möglich.

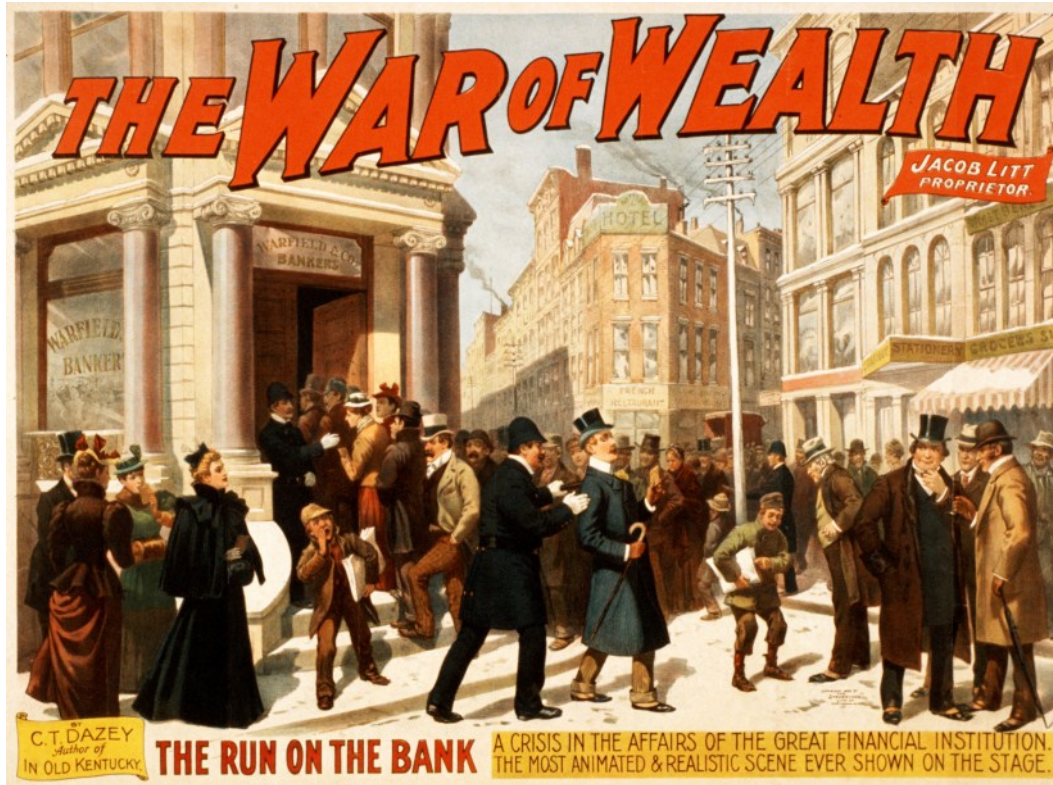
Neben wirtschaftlicher Stärke ist auch der politische Wille und die Bereitschaft die Kosten der Rolle als Weltmacht zu tragen eine wichtige Voraussetzung. Der politische Wille hat in der amerikanischen Geschichte eine bedeutende Rolle gespielt: Denn selbst nach der Teilnahme am Ersten Weltkrieg überwogen in den USA immer wieder isolationistische Überlegungen der politischen Eliten und erst nach dem Zweiten Weltkrieg kam man zu dem Entschluss sich langfristig in das Weltgeschehen einzumischen. Wie steht es also aktuell um den politischen Willen und die Bereitschaft die Kosten, die mit der Position einer Weltmacht einhergehen, zu tragen?

Die Dokumente Defense Strategic Guidance und die Defense Budget Priorities legen die verteidigungspolitischen Prioritäten im Hinblick auf die Einsparungen im Verteidigungshaushalt fest. Sie sehen eine außenpolitische Konzentration auf regionale Schwerpunkte vor. Dabei wird die bisherige Voraussetzung, dass gleichzeitig in zwei unterschiedlichen Regionen Kriege geführt werden können, relativiert. Somit ist zwar eine Reduzierung des militärischen Engagements deutlich zu erkennen. Dies aber als isolationistische Tendenzen zu deuten ist übertrieben. Das amerikanische Engagement in den Krisen ist dieser Welt weiterhin stark. Auch wenn Obamas Außenpolitik andere Akzente setzt sowie wesentlich stärker von militärischer Zurückhaltung gekennzeichnet ist, als die seines Vorgängers und sein fester Grundsatz keine neuen Kriege zu beginnen, der Glaubwürdigkeit Amerikas – insbesondere im Falle Syriens – geschadet hat. Doch immerhin fliegt die Anti-IS Koalition unter Leitung der USA seit einem Jahr Luftschläge gegen den IS im Irak und in Syrien. Im Zuge des Krieges in der Ukraine und der neuen Eiszeit mit Russland hat die Bedeutung amerikanischer Militärpräsenz in Europa wieder zugenommen und die USA haben die baltischen Staaten sowie Polen mit Truppen und militärischem Gerät angemessen rückversichert.



Gelingt Präsident Obama das Überwinden der politischen Blockade, um im Spiel zu bleiben? Hier bei einem Basketball-Match mit Kongress- und Kabinettsmitgliedern.

Foto: White House / flickr/CC BY-ND 2.0



Abgesang zu früheren Krisenzeiten als noch wirklich Lieder intoniert wurden: Die Finanzpanik von 1893 schaffte es mit dem Melodrama »The War of Wealth« 1896 auf den Broadway.

Obama machte bei seinem Besuch in Estland im September 2014 deutlich, dass eine russische Provokation innerhalb des Nato-Territoriums nicht toleriert wird. In Japan versicherte Obama 2014, mit überraschender Deutlichkeit, dass der amerikanisch-japanische Sicherheitsvertrag auch im Falle eines Konflikts mit China im Zuge um die beanspruchten Senkaku-Inseln gelte. Auch eine Truppenstärke von 28.000 Soldaten in Südkorea lässt nicht auf eine isolationistische amerikanische Außenpolitik schließen.

Mit Blick auf den amerikanischen Verteidigungshaushalt muss festgestellt werden, dass ab 2010 deutliche Sparmaßnahmen eingeleitet wurden: Während die USA 2010 noch 4,7% ihres BIP für Verteidigung ausgaben, waren es im 2014 schon deut-

lich geringere 3,5% (laut Weltbank). Die Sparmaßnahmen sind zum einen dadurch zu erklären, dass historisch betrachtet nach der Beendigung großer Militäreinsätze, wie aktuell nach Irak und Afghanistan, immer Einschnitte in den Verteidigungsetat erfolgen. Weiterhin sind die Sparmaßnahmen Folge der politischen Blockade in Washington im Zuge des Budget Control Acts. Für das Jahr 2015 liegt der Etat bei 554 Milliarden Dollar und ist somit um 18 Milliarden Dollar im Vergleich zum Vorjahr verringert worden. Allerdings geben die USA weltweit weiterhin unangefochten am meisten für ihre Verteidigung aus: Mehr als dreimal so viel wie China, das auf dem zweiten Platz folgt. Der Vergleich mit anderen Staaten zeigt, dass kein anderes Land auf absehbare Zeit dem amerikanischen Militär Konkur-

renz machen kann. Den massiven Geldzufluss ab 2001 nutzte das Pentagon vor allem um die Truppen zu modernisieren: Eine Billionen US-Dollar wurde allein zwischen 2001 und 2010 für die Beschaffung moderner Rüstungsgüter ausgegeben. Die schiere Größe des amerikanischen Militärs, seine technologische Überlegenheit, die globale Präsenz – das amerikanische Militär unterhält 800 Militärbasen in 70 verschiedenen Ländern – und das herausragende Training der amerikanischen Soldaten werden Amerikas militärische Vormachtstellung über die nächsten Jahrzehnte sichern. Entschiedener als die Militärausgaben, ist aber der Wille sich auch zukünftig in das Geschehen der Welt gestaltend einzubringen. Selbst wenn das militärische Engagement unter Obama – wie bereits beschrieben – nachgelassen hat, so kann dies nicht als dauerhafte isolationistische Tendenz gedeutet werden.

Wie sieht es aber in der breiten amerikanischen Bevölkerung aus, wenn es darum geht welche Rolle Amerika in der Welt spielen soll? Die Einstellung der amerikanischen Bevölkerung bzw. der Glaube an die auch zukünftige Sonderstellung des Landes im internationalen System hat sich in den letzten Jahren langsam verändert. So stimmen 2013 52% der Befragten einer Umfrage des *PEW Research Centers* der Aussage zu, dass sich die USA um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern und sich nicht in andere Länder einmischen sollte. Im Gegensatz dazu stimmten 1995 lediglich 41% dieser Aussage zu. Weiterhin nimmt im Vergleich mit innenpolitischen Themen die Wichtigkeit von außenpolitischem Engagement in der amerikanischen Öffentlichkeit deutlich ab. Noch 2007 wurden Innen- und Außenpolitik als nahezu gleich wichtig wahrgenommen (39% Innenpolitik, 40% Außenpolitik). Doch sagten sechs Jahre später 83% der Befragten, dass der Präsident sich stärker auf die Innenpolitik konzentrieren solle. Die Entwicklung zeigt einen Höhepunkt von isolationistischer Stimmung in der amerikanischen Bevölkerung der letzten Jahre, die nur nach

dem Vietnamkrieg und nach dem Zerfall der Sowjetunion ähnlich hoch war. Ob es sich hierbei um einen dauerhaften Trend handelt, bleibt abzuwarten. Allerdings kann sich die Meinung der amerikanischen Bevölkerung auch innerhalb kurzer Zeit verändern – zum Beispiel durch ein Ereignis wie einen Terroranschlag. Die Stimmung in der ameri-

Verstärkt nehmen nun die neuen Mächte Einfluss auf die Regeln des internationalen Zusammenlebens, wie mit der Gründung der asiatischen Entwicklungsbank AIIB deutlich wurde.

Ist ein Ende des amerikanischen Jahrhunderts zu erkennen? Das internationale System verändert sich von einem bi- bzw. unipolaren System hin zu einer

Die aktuellen Entwicklungen im internationalen System sind folglich nicht auf die Schwäche der USA zurückzuführen, sondern auf eine sich verändernde Weltordnung. Wir haben es mit einem langfristigen Wandel im internationalen System zu tun, in der die Schwellenländer, angetrieben durch ihr starkes ökonomisches Wachstum, stärker werden und in der es höchstwahrscheinlich keine alleinige Weltmacht mehr geben wird. Allerdings wird die neue Weltordnung für die Vereinigten Staaten eine größere Herausforderung als für andere Staaten, da sie über einen langen Zeitraum die stärkste Nation der Erde war bzw. heute noch ist. Sie muss ihre Rolle in der neuen Weltordnung neu definieren. Aber Amerika besitzt alle notwendigen Ressourcen um in einer multipolaren Weltordnung eine starke und führende Rolle zu spielen. •••

Daniela Braun *arbeitet im Forschungsprogramm Berliner Forum Zukunft der DGAP und promoviert an der Freien Universität zum Thema »Pandemics as Threats to National Security«.*

Der »Aufstieg der Anderen« macht sich bemerkbar.

kanischen Öffentlichkeit sollte also nur bedingt als Gradmesser für Amerikas weltpolitische Rolle betrachtet werden.

Wie steht es um die Regelsetzungskompetenz der USA? Insbesondere in einer sich wandelnden Weltordnung ist die Frage, wer die Regeln des internationalen Zusammenlebens vorgibt, von hoher Relevanz. Viele der wichtigen internationalen Organisationen, die zu den Hauptakteuren auf der internationalen Bühne zählen, wie VN, Nato aber auch Weltbank und IWF wurden auf Initiative der USA gegründet. Amerika genießt in der institutionellen Architektur der meisten dieser Organisationen einen Sonderstatus oder zählt in jedem Fall zu den stärkeren Vetomächten. Die USA sind unumstritten weiterhin eine der wichtigsten Stimmen in internationalen Verhandlungen, wie im Nahen Osten oder in den Iran Verhandlungen.

Aber der »Aufstieg der Anderen« macht sich bemerkbar. Denn mit der Ankündigung der BRICS, eine eigene Entwicklungsbank sowie einen Währungsfond zu gründen oder mit der Shanghai Cooperation Organisation als »powerful anti-U.S. bulwark« in den Worten von Andrew Scheineson vom Department of State, sind die US-dominierten Institutionen nicht mehr die alleinigen Akteure.

multipolaren Weltordnung. Diese Entwicklung ist schon heute mit Blick auf die Entstehung nicht US-dominierten Institutionen zu beobachten. Auch den erheblichen Anteil, den die USA am Weltmarkt verloren haben, verdeutlicht diese Entwicklung. Somit wird das amerikanische Jahrhundert in den nächsten Jahren allmählich enden.

Ein »Untergang« der USA ist aber bei weitem nicht zu erwarten. Als führende militärische Macht und als treibende Kraft in der IT-Branche, die als Motor für ökonomische Entwicklung gelten kann, verfügen die USA weiterhin über erhebliche Machtressourcen. Vorausgesetzt den USA gelingt es, die politische Blockade Washingtons zu überwinden, so kann auch das enorme Haushaltsdefizit und dringend benötigte Reformen für die Innovationskraft der USA angegangen werden. Obamas militärisch zurückhaltende Art im Gegensatz zu seinem Vorgänger ist weniger als dauerhafter isolationistische Trend eines ganzen Landes, als eine Entscheidung des aktuellen *Commanders-in-chief* zu bewerten. Sein Drängen auf ein verstärktes Burden-Sharing in der Verteidigungspolitik kann, gerade in Europa, wo ein Großteil der Nato-Mitglieder weit unter dem vereinbarten 2%-Ziel der Nato liegt, als längst überfällige Forderung verstanden werden.

Quellen und Links:

Studie »State of the Union. Innenpolitische und binnenwirtschaftliche Herausforderungen für die Führungsrolle der USA in der Welt« von Stormy-Annika Mildner, Henriette Rytz und Johannes Thimm von der Stiftung Wissenschaft und Politik vom Juli 2012

Kommentar »Systemversagen. Washington ist handlungsunfähig« von Stormy-Annika Mildner, Henriette Rytz und Johannes Thimm von der Stiftung Wissenschaft und Politik (September/Oktober 2011)

Artikel »The Shanghai Cooperation Organization« von Andrews Scheineson vom Council on Foreign Relations vom 24.03.2009



Foto: Rande Archer/CC BY-ND 2.0

Die politische Theorie der »Securitization« begreift Sicherheit als einen sozialen Prozess, der von vielen Akteuren beeinflusst wird. Dabei lenken nach klassischer Auffassung vor allem politische Eliten die Sicherheitsdebatte und verwirklichen damit ihre politischen Ziele. Im Angesicht der zunehmenden Privatisierung staatlicher Sicherheit muss jedoch die Frage gestellt werden, inwieweit auch Firmen als Akteure der Versicherheitlichung in Erscheinung treten.

GESCHÄFTSMODELL UNSICHERHEIT

von Niels Pollmann

Dank fortschreitender militärischer Spezialisierung bei gleichzeitiger Budgetkürzung in modernen Armeen spielen Private Sicherheits- und Militärunternehmen (PMSCs) eine immer wichtigere Rolle. Spätestens nachdem im Jahr 2004 ein wütender Mob die Leichen von vier Mitarbeitern des amerikanischen Unternehmens *Blackwater* an einer Brücke im irakischen Falludscha aufhing, fanden private Sicherheits- und Militärunternehmen auch in Deutschland öffentliche Beachtung. Vor allem der Name *Blackwater* dominiert dabei die Debatte als Negativbeispiel. Steht sie doch unter der Anschuldigung bei Einsätzen keine Rücksicht auf Zivilisten zu nehmen. In den Medien wird in diesem Zusammenhang oft abfällig von »Söldnern« oder »dogs of war« gesprochen, denen im Gegensatz zu »ehrenwerten Soldaten« niedere Motive unterstellt werden. Dabei wird jedoch vergessen, dass *Blackwater* zwar die bekannteste, aber keinesfalls die einzige PMSC ist. Dabei stellt die Auslagerung an Privatunternehmen, beispielsweise im Bereich der Logistik, eher die Regel als die Ausnahme dar.

Völlig offen ist derzeit jedoch, welche Auswirkungen diese Ausgliederung, abgesehen von der erhofften Effizienzsteigerung, mit sich bringt. Dieser Artikel widmet sich der Frage, ob PMSCs über ihre bloße Dienstleistungsfunktion hinaus als meinungsbildende Akteure in Sicherheitsfragen wahrgenommen werden müssen und was dies für die Betrachtung der Sicherheitsdebatten bedeutet.

Um die Frage zu beantworten, soll zuvor auf den Begriff der Sicherheit näher eingegangen werden. Der Ökonom und Journalist Rolf Uessler definiert Sicherheit als Einschätzung der Wahrscheinlichkeit, zukünftigen Ereignissen ausgeliefert zu sein. Dabei ist Sicherheit für ihn eng mit dem Begriff der Unsicherheit verbunden, wobei sich beide immer zu 100

Prozent aggregieren: Wir sind in dem Maße sicher, in dem wir nicht unsicher sind, wobei weder völlige Sicherheit noch völlige Unsicherheit in der Praxis möglich scheinen. Dieses Verständnis zu Grunde gelegt, lässt sich Sicherheit als ein vergleichsweise subjektives und zum Teil emotionales Konzept begreifen, welches zu großen Teilen von persönlichen Einschätzungen abhängt. Während für manche bereits das Durchqueren einer dunklen Straße bedrohlich wirkt, verspüren andere in derselben Situation

on einer solchen Gefahr. Damit bestimmt vor allem die gesellschaftliche Debatte, wovor wir uns fürchten. Ein Beispiel dafür ist die Diskrepanz zwischen der realen und der wahrgenommenen Bedrohung durch terroristische Anschläge. So ergab eine *Forsa*-Umfrage aus dem Jahr 2009, dass sich hierzulande 58 Prozent der Befragten vor Terroranschlägen fürchten, während die Wahrscheinlichkeit, in Deutschland tatsächlich einem Terroranschlag zum Opfer zu fallen, bei unter einem Prozent liegen

Eine Firma für Sicherheitsschlösser kann nur erfolgreich sein, wenn es Bedarf an Schlössern gibt.

noch keinerlei Gefahr, was nicht zwingend mit rationalen Überlegungen zusammenhängen muss. Das Konzept der Versichertheitlichung geht hier noch einen Schritt weiter: Demnach ist Sicherheit insgesamt ein sozialer Prozess, welcher sich im Wesentlichen aus den drei Bestandteilen Bedrohung, bedrohtes Objekt und Beobachter zusammensetzt.

Während zwischen Bedrohung und bedrohtem Objekt ein direkter Zusammenhang besteht, ist der Beobachter zunächst außen vor. Er analysiert das Geschehen aus der Drittperspektive. Den Kern, dieser vor allem auf die Kopenhagener Schule um Ole Weaver und Barry Buzan zurückgehenden Theorie, bildet die Annahme, dass die Wahrnehmung einer Bedrohung nicht von der realen Existenz einer Gefahr abhängt, sondern vor allem von der Präsentati-

dürfte. Wie der Kabarettist Volker Pispers bemerkt, fordern Grippe, Straßenverkehr und sogar Behandlungsfehler durch Ärzte jeweils deutlich mehr Opfer als Anschläge, werden jedoch in der öffentlichen Debatte kaum als Sicherheitsrisiken wahrgenommen. Die Gründe dafür liegen nach Aussage der Versichertheitlichungstheorie auch darin, dass bestimmte Akteure die Sicherheitsdebatte absichtlich oder auch unabsichtlich dominieren. Dabei geht es nicht darum, Bedrohungen wie etwa den Terrorismus zu verharmlosen. Es gilt zu verstehen, warum bestimmte Themen auf der Sicherheitsagenda landen und andere nicht.

Ein Kernelement der Theorie bilden dabei sogenannte Sprechakte, also Äußerungen von bedeutenden Persönlichkeiten, denen eine performative Wir-

kung unterstellt wird. Wenn also beispielsweise sowohl hohe Politiker, als auch wissenschaftliche Experten und Medien den internationalen Terrorismus als Bedrohung darstellen schlägt sich dies in der öffentlichen Meinung nieder.

Mein Ansatz ist nun, neben diesen klassischen Akteuren der Versicherheitlichung auch PMSCs in den Blick zu nehmen und nach deren Bedeutung als Akteure der Sicherheitsdebatte zu fragen. Dabei müssten diese Unternehmen sowohl ein Interesse, als auch die Möglichkeit haben, die Sicherheitsdebatte zu beeinflussen, um tatsächlich als vollwertige Akteure gelten zu können. Unterstellt man, dass Unternehmen im Militär- und Sicherheitsbereich in erster Linie an Umsatz und Gewinn interessiert

die Welt, desto größer der Markt für Sicherheitsanbieter. Diesem Gedankengang folgend kann also die aktive Artikulation von Bedrohungen durchaus zum Geschäftsmodell von Sicherheitsdienstleistern gehören, da durch sie der Bedarf an ihren Leistungen gesteigert werden kann. Gelingt es einem Sicherheitsunternehmen, die wahrgenommene Unsicherheit zu steigern, schafft es sich damit einen Absatzmarkt für eigene Produkte und Dienstleistungen. Versicherheitlichung kann damit analog zu Werbung gesehen werden.

Wesentlich schwieriger zu beantworten ist jedoch die Frage, ob PMSCs auch tatsächlich aktiv oder passiv in die Sicherheitsdebatten eingreifen beziehungsweise zur Versicherheitlichung von The-

An der Überbetonung individueller Sicherheitsrisiken gegenüber kollektiver Bedrohungen zeigt sich der wachsende Einfluss der Firmen auf Sicherheitsdebatten.

sind, wird deutlich, dass die Unternehmensinteressen hier eng mit der wahrgenommenen Bedrohungslage zusammen hängen. So kann eine Firma für Sicherheitsschlösser nur erfolgreich sein, wenn potentielle Kunden einen Bedarf an Schlössern haben, während ein Logistikunternehmen, welches sich auf die Auslandseinsätze von Streitkräften spezialisiert, auf eben jene Auslandseinsätze angewiesen ist, um Gewinne zu erzielen. Kurz: Je unsicherer

men oder Konflikten beitragen. Eine allgemeingültige Aussage kann dazu im Rahmen dieses Artikels nicht getroffen werden. Dennoch möchte ich zumindest auf zwei Situationen hinweisen, in denen sich ein Beitrag von PMSCs zur Versicherheitlichung beziehungsweise Eskalation finden lässt. So wird etwa die Sicherheitsarchitektur innerhalb Bulgariens zu einem erheblich größeren Anteil als etwa in Deutschland von privaten Unternehmen getra-



Blick nach Deutschland

Während vor allem die USA, Großbritannien und Südafrika für private Militär- und Sicherheitsunternehmen bekannt sind, treten derlei Firmen in Deutschland kaum in Erscheinung. Dies liegt vor allem daran, dass ihre Anzahl im internationalen Vergleich eher klein ist. Neben den Unternehmen die direkt vom Outsourcing der Bundeswehr profitieren wie etwa Hellmann Logistcs oder Kühne & Nagel gibt es in Deutschland nur wenige Unternehmen wie beispielsweise die Asgaard German Security Group, die eigene Kapazitäten im militärischen Bereich besitzen.

Anders sieht dies bei nicht-militärischen Sicherheitsunternehmen aus, wo zumindest die Größeren der Branche wie *Kötter Services* eigene Informations- und Ausbildungskapazitäten vorweisen und gut drei Viertel der Unternehmen zudem im *Bundesverband der Sicherheitswirtschaft* zusammengeschlossen sind, dessen Aufgaben und Ziele unter anderem im Bereich Interessenvertretung liegen.

gen. Sie sind in Dachverbänden wie *National Association of Industrial Security Companies (NAFTSO)* und *National Association of Companies Guarding with Technical Equipment (NAFOTS)* organisiert und erhalten neben einer hohen gesellschaftlichen Bedeutung auch politische Relevanz. Der hohe Organisationsgrad erlaubt dabei eine breite Beeinflussung existierender Sicherheitsdebatten und ein exzessives Lobbying, welches die Möglichkeiten einzelner Unternehmen bei weitem übersteigt. Neben einem gewissen Maß an Einfluss auf staatliche Ausgaben ist im Kontext der Versicherheitlichung vor allem das hohe gesellschaftliche Vertrauen relevant, welches vor allem die großen Sicherheitsanbieter genießen.

Die Wissenschaftler Yantsislav Yanakiev und Krasimira Nikolova bezeichnen die Unternehmen als essentielle Pfeiler des Sicherheitssektors. Bei Straftaten werden sie mitunter noch vor der Polizei benachrichtigt. Über offene Werbung und umfangreiche Bildungs-, Aufklärungs- und Sicherheitskampagnen gelingt es den Unternehmen zudem, weite Teile der Bevölkerung zu erreichen, was sie zusammen mit ihrem guten Ruf zu herausragenden Akteuren der Sicherheitsdebatte macht. Dieser Einfluss erlaubt es den in *NAFTSO* und *NAFOTS* organisierten Unternehmen, ihre eigenen Bedrohungsanalysen zu verbreiten und entsprechende Schutz- und Abwehrprodukte zu verkaufen.

Im Bereich der militärisch tätigen Unternehmen ist der Nachweis ungleich schwieriger, da sie sich im Regelfall nicht spezifisch an die Öffentlichkeit wenden, sondern im Gegenteil eher im informellen Rahmen unbeobachtet ihrer Tätigkeit nachgehen wollen. Daher darf der Einfluss von privaten Unternehmen auf bestehende Konflikte nicht unterschätzt werden, wie etwa das Beispiel der amerika-

nischen Unterstützung für den »Plan Colombia« zeigt. Unter diesem Stichwort versteht man die Übernahme von Polizeiaufgaben durch das kolumbianische Militär im Kampf gegen Drogenkartelle, welche durch die EU und insbesondere durch die USA unterstützt wird. Der amerikanische Beitrag umfasst dabei sowohl Material- und Personenunterstützung als auch finanzielle Zuwendungen in Höhe von mehreren Milliarden US-Dollar.

Interessant ist vor allem, dass insbesondere Öl- und Militärunternehmen im Vorfeld des ersten Kongressbeschlusses im Jahr 2000 massiv auf Kongressabgeordnete einwirkten, um eine möglichst hohe Beteiligung durchzusetzen. So berechnete der Publizist Rolf Uessler die Lobbyingkosten mit etwa 6 Millionen Dollar, welche zu einer Direktzusage von 1,3 Milliarden Dollar »Entwicklungshilfe« durch den Kongress führten. Die kolumbianische Regierung erhielt von diesem Geld allerdings lediglich 13 Prozent. Der Löwenanteil ging an US-amerikanische Sicherheitsfirmen wie etwa *DynCorp*, welche den Großteil des eingesetzten Personals stellten.

Die Rolle, die private Sicherheits- und Militärunternehmen für unsere Wahrnehmung von Konflikten und Sicherheit spielen, bedarf weiterer Forschung. Dennoch zeigt eine Reihe von Beispielen, wie auch die oben genannten, dass sich vor allem klassische Sicherheitsunternehmen aktiv in die Debatte einbringen, da sie als Anbieter von Sicherheitsleistungen ein originäres Interesse an (gefühlter) Unsicherheit haben. Eine besondere Bedeutung spielen dabei Interessenverbände, die über Informations- und Bildungskampagnen ihre Vorstellungen in die Öffentlichkeit tragen, um den Absatz ihrer Produkte und Dienstleistungen zu fördern. Im Unterschied dazu wenden sich die Militärunternehmen selbst vor allem an staatliche und

institutionelle Stellen, da diese für ihre Auftragslage verantwortlich sind. Der wachsende Einfluss der Firmen auf die Sicherheitsdebatten zeigt sich etwa an einer Überbetonung von individuellen Sicherheitsrisiken zu Lasten von kollektiven Bedrohungen. Den Unternehmen das Vertreten ihrer Interessen vorzuwerfen erscheint wenig zielführend. Dennoch laufen Sicherheitsdebatten vor diesem Hintergrund Gefahr, von finanziellen Interessen dominiert zu werden. Eine mögliche Folge ist, dass Sicherheit nicht mehr nach Bedarf, sondern nach Veräußerbarkeit produziert wird, wodurch Gefahren potentiell unbeachtet bleiben, wenn sich keine individuellen Lösungen bieten lassen.

Es ist daher angebracht, die meinungsbildende Rolle von privaten Unternehmen im Sicherheitssektor verstärkt in den Blick zu nehmen und entsprechende Einflüsse vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Interessen kritisch zu hinterfragen.

...

Niels Pollmann *studiert Internationale Studien im Master an der Diplomatischen Akademie Wien.*

Quellen und Links:

[Webpräsenz der NAFTSO](#)

[Hintergrundinformationen in der Diplomarbeit von Camillo Nemec aus dem Jahr 2010](#)

[Aufsatz »Private Security Companies. Agents of Democracy or Simply Mercenaries?« von Christopher Kinsey in »Private Military and Security Companies. Chances, Problems, Pitfalls and Prospects.« von Thomas Jäger und Gerhard Kümmel, Wiesbaden 2007.](#)



F-35 LIGHTNING II: EINMAL TARNKAPPE FÜR ALLE, BITTE

von Philipp Janssen

Mit der F-35 »Lightning II« wollte das amerikanische Militär die Ära der fünften Kampfjet-Generation für seine gesamten Luftstreitkräfte final einläuten. Nur ein Flugzeug mit Tarnkappeneigenschaften sollte in drei Varianten alle momentan vorhandenen Kampfflugzeuge beerben. Dazu sollte es noch günstig in der Anschaffung und im Unterhalt sein. Zumindest das letzte Ziel wurde deutlich gerissen.

Im letzten Heft berichteten wir über die Probleme der Bundeswehr in Sachen Rüstung. Wer aber glaubt, nur die Bundeswehr hätte Probleme mit ihren Rüstungsprojekten, sitzt schlicht im wohlbekannten Elfenbeinturm. Auch das häufig als Referenz genutzte amerikanische Militär hat seine liebe Not mit seinen Beschaffungsvorhaben. Dabei geht es allerdings regelmäßig um weitaus höhere Summen als bei uns. Kostenüberschreitungen in Projekten wie dem hierzulande maximal skandalisierten »Milliardengrab Euro Hawk«, wirken, gemessen an amerikanischen Maßstäben, wie Peanuts. So zum Beispiel beim Projekt »Joint Strike Fighter«: aktuelle Berechnungen geben dessen Lebenszykluskosten geben mit einer Billion Dollar an – das sind zwölf Nullen hinter der eins oder eintausend Milliarden!

In den letzten Jahrzehnten hat Tarnkappentechnik, »Stealth«, die mit radarabstrahlungsarmen Oberflächen arbeitet, in der militärischen Luftfahrt zunehmend an Bedeutung gewonnen. Insbesondere in den USA ist sie stetig weiterentwickelt worden. Anfang und Ende der Achtziger Jahre wurden dort

sollte nun die F-35 »Lightning II« die Masse der konventionellen Kampfflugzeuge, wie etwa der F/A-18 und F-16, durch ein Tarnkappenmuster ersetzen. Ziel ist es, die Stealth-Technologie mit der F-35 massentauglich zu machen zudem in Sachen Avionik und elektronischer Kriegsführung die Zukunft einzuläuten. Damit nicht genug: es soll im US-amerikanischen Militär alle bisherigen land- und seegestützten Kampfflugzeuge der Luftwaffe und der Marine sowie die Senkrechtstarter der Marineinfanterie sukzessive ersetzen. Damit soll nach vielen vergeblichen Versuchen endlich erreicht werden, dass nicht mehr jede Teilstreitkraft jeweils eigene Muster beschafft, sondern alle verschiedene Varianten eines Grundmusters fliegen. Das soll Geld in Training, Unterhalt und Wartung sparen.

Gewachsen ist die F-35 aus dem 1993 ins Leben gerufenen »Joint Advanced Strike Technology Program«. Ziel war es, ein Kampfflugzeug mit Tarnkappenfunktion für die zukünftigen Anforderungen des Militärs zu entwickeln. Es sollte mit entsprechender Sensorik Präzisionsmunition abfeuern können, die

»Die Mutter aller Rüstungsaufträge«

mit der F-117 »Nighthawk« und der B-2 »Spirit« die ersten Einsatzmuster mit Stealth-Technologie entwickelt und gebaut. Allerdings beide nur in kleinen Stückzahlen: nur 64 beziehungsweise 21 Exemplare wurden jeweils von diesen Flugzeugen gebaut, denn durch ihre besondere Technik waren sie – trotz der tiefen Taschen des kalten Krieges – extrem teuer. Dennoch wurde die Stealth-Technologie zu einem zentralen Kern der US-Luftkriegsplanung und sollte künftig in allen US-Kampfflugzeugen zum Einsatz kommen. Nach dem Projekt F-22 »Raptor«, dem ersten Luftüberlegenheitsjäger der 5. Generation,

elektronische Kriegsführung aus der Luft revolutionieren und gleichzeitig niedrige Beschaffungs- und Unterhaltskosten aufweisen. Vier Firmen legten ein Jahr später ihre Konzepte und am Ende eines harten Konkurrenzkampfes blieben schließlich noch *Lockheed-Martin* und *Boeing* im Rennen. Beide Firmen konnten sich schließlich 1996 den Auftrag für die Entwicklung und den Bau jeweils eines Technologiedemonstrators sichern: der X-35 (*Lockheed-Martin*) und der X-32 (*Boeing*).

Schließlich erhielt 2001 dann die X-35 den Zuschlag, weil das Design und die Technik konventio-



Foto: Samuel King Jr./CC BY-ND 2.0

Da hebt sie ab: Die F-35B bei einem ihrer ersten Senkrechtstarts.

neller und einfacher gelöst waren als bei der X-32 von *Boeing* – vor allem was die Senkrechtstart und -landung betraf. Das Verteidigungsministerium der Vereinigten Staaten ging davon aus, dass die X-35 dadurch weniger kosten würde, als der Konkurrenzentwurf. Damit hatte *Lockheed* die »Mutter aller Rüstungsaufträge« an Land gezogen, denn die Planungen von 2001 sahen vor, die komplette Umstellung der US-Streitkräfte auf die fünfte Generation von Kampfflugzeugen mit der F-35 bis 2037 zu vollziehen. Damaliges Gesamtvolumen: 2.866 zu beschaffende Flugzeuge mit einem prognostizierten Auftragsvolumen – nur für die Anschaffung – von knapp 233 Milliarden Dollar.

Die Varianten der F-35 in die Luft zu bekommen, war bei den Versionen A für die Luftwaffe und C für die Marine 2006 und 2008 noch recht zügig gegangen. Selbst die Version B für die US-Marines startete, trotz seines komplizierten *Rolls-Royce*-Lift-Systems, 2010 zum ersten Mal senkrecht. Allerdings verursachte vor allem die extra für die F-35 neu entwickelte Turbine von *Pratt & Whitney* seit 2006 immer wieder größere Probleme, die den Zeit-

WIRTSCHAFT

plan nach hinten und die Kosten nach oben verschoben: Zuletzt 2013, als sich eine Schaufel einer Verdichterstufe löste, dadurch ein Feuer ausbrach und daraufhin alle Flugzeuge am Boden bleiben mussten, bis die Ingenieure bei *Lockheed-Martin* eine Lösung gefunden hatten.

Das neue Triebwerk stellt aber letztlich vermutlich das kleinste Problem der F-35 dar. Denn die Entscheidung, für sehr verschiedene Aufgaben im Rahmen der Luftkriegsführung künftig im Grunde auf nur ein Flugzeugmuster zurückzugreifen, sorgte im Laufe der Entwicklung für zahlreiche und weit-

reichende Designkompromisse, die das Muster auf lange Sicht – möglicherweise sogar für immer – dazu verdammen, fast alles zu können. Allerdings nichts davon richtig. Ein Beispiel: Auf Grund der geforderten Fähigkeit, mit dem B-Modell auch senkrecht starten und landen zu können, musste die Zelle der F-35 so gestaltet werden, dass das Flugzeug zusätzlich zur eigentlichen Turbine hinter dem Cockpit noch einen Mantelpropeller aufnehmen kann. Das aber verbaut dem Piloten den im Luftkampf überaus wichtigen Blick nach hinten – auch in den A- und C-Modellen, die gar nicht senkrecht starten und landen sollen.

Um das Problem zu lösen und dafür zu sorgen, dass der Pilot sehen kann, was hinter ihm passiert, installierten die Ingenieure von *Lockheed Martin* zahlreiche Kameras in die F-35. Über einen speziellen Display-Helm, auf den die Bilder der Kamera übertragen werden, sollte der Pilot so quasi durch sein eigenes Flugzeug blicken können. Gleichzeitig sollten dort auch weitere Anzeigen und Informationen eingespiegelt werden, die man im eigentlichen Cockpit eingespart hatte, denn über ein klassisches »Head-up-Display« verfügt die F-35 nicht mehr. Dessen Funktionen – etwa als Visier für die Bordkanone – soll nun der über 400.000 US-Dollar teure Helm übernehmen. Sofern dieser irgendwann seine volle Funktionalität erreichen sollte, könnte er durchaus die Revolution im Cockpit sein, als die ihn der Hersteller seit Jahren anpreist. Allerdings hatte er, wie auch die Turbine, zunächst vor allem Probleme. Tests mit dem Helm zeigten, dass der verbaute Bordrechner nicht in der Lage ist, Bilder in Echtzeit wiederzugeben, um beispielsweise mit der Bordkanone präzise zu zielen. Hohe Verzögerungen bei der Datenübertragung, Darstellungsprobleme, fehlende Tiefenwahrnehmung und der Fakt, dass der große Helm und die notwendige Verkabelung die Bewegung des Kopfes stark einschränkt, sorgten für wenig Begeisterung bei den Testpiloten. Einer von

ihnen ließ sich von einem dänischen Journalisten über den teuren und angeblich revolutionären Helm mit der Aussage »it's cool, but I don't use it that often« zitieren.

Die Probleme beim Helm verweisen auf eine weitere Achillesferse der F-35: die Software. Diese ist in fünf Entwicklungsstufen, Blöcke genannt, unterteilt und wird dem Piloten erst in ihrer Endstufe erlauben, das volle Leistungsspektrum des Jets abrufen zu können. Bis zum Erreichen der Endstufe kann der Jet bestimmte Dinge nur eingeschränkt, andere noch gar nicht. Wohl auch um den angesichts der Kosten- und Zeitexplosion des Programms immer unruhiger werdenden Kongress ruhig zu stellen, planen die US-Marines für Dezember 2015 und die US-Luftwaffe dann ein Jahr später, die Lightning II im Rahmen der so genannten »Initial Operating Capability« (IOC) mit halbfertiger Software für ein stark eingeschränktes Aufgabenspektrum für Einsatzklar zu erklären. Ein mittlerweile offensichtlich übliches Verfahren bei großen Rüstungsprojekten, welches, blickt man auf Eurofighter, NH-90 und den UHT, erhebliche Risiken mit sich bringt.

Beim Umgang mit den vielen schwerwiegenden Problemen der F-35 suchen Hersteller und Militärs mittlerweile zunehmend Zuflucht in dem alten Motto: »Wenn du seine Standards nicht erfüllen kannst, senke sie!« 2003 etwa war die F-35 von *Lockheed Martin* noch als »agiles, vielseitiges und leistungsstarkes«. Jagdflugzeug geplant und beworben worden, welches im Luftkampf regelmäßig Belastungen jenseits von 9g aushalten und mit überlegener Wendigkeit alle möglichen und unmöglichen Gegner an die Wand spielen sollte. Heute wollen Hersteller und Air Force mit derlei Aussagen allerdings nicht mehr zitiert werden. Bei einem kürzlich absolvierten Luftkampftrainingsprogramm, bei dem die F-35 gegen eine ältere, doppelsitzige F-16 angetreten war, unterlag der neue Superjet diesem Mus-



Foto: Samuel King Jr./CC BY-ND 2.0

F-35-Piloten und der 400.000-Dollar-Helm: »It's cool, but I don't use it that often.«

ter – welches er eigentlich ablösen soll – haushoch. Daraufhin wurde vom Pentagon die Sprachregelung ausgegeben, die F-35 sei nie für den Luftkampf im Nahbereich, den »Dogfight«, in dem es vor allem auf Leistung und Wendigkeit ankommt, konzipiert gewesen. Vielmehr sei sie darauf ausgelegt, mögliche Gegner gar nicht erst nah an sich herankommen zu lassen und diese stattdessen bereits auf weite Ent-

gegen einen technologisch fortgeschrittenen Gegner muss, da es nicht für Luftnahkämpfe ausgelegt ist, kann es nur die internen Waffenschächten benutzen. Hier lassen sich derzeit aber nur insgesamt zwei Langstrecken-Luft-Luft-Raketen unterbringen – bei den derzeitigen Trefferquoten aktueller Modelle selbst unter Idealbedingungen wird jeder Luftkampf so ein gewagtes Spiel.

Die F-35 könnte die nutzloseste eierlegende Wollmilchsau der Luftkriegsgeschichte werden.

fernungen zu bekämpfen. So ließ sich auch elegant die mittlerweile getroffene Entscheidung verkaufen, die Varianten B und C aus Platzgründen nicht mehr mit einer Bordkanone auszustatten. Eine ähnliche Entscheidung – mit ähnlicher Begründung – hatte die US-Navy mit der McDonnell Douglas F-4 »Phantom II« schon einmal getroffen und dieses blinde Vertrauen in vermeintlich überlegene Raketenbewaffnung dann im Vietnamkrieg gegen technologisch eigentlich deutlich unterlegene MiGs bitter bereut. Als Lehre aus diesem Debakel hatten seither alle US-Kampfflugzeuge wieder eine Bordkanone. Doch scheinbar ist man bei der Navy und der Marineinfanterie fest entschlossen, gewisse Fehler erneut zu machen.

Zahlreiche Experten haben zudem kritisch angemerkt, dass die F-35, wenn sie sich schon allein auf Stealth und ihre weitreichende Raketenbewaffnung verlasse, wenigstens ein entsprechend großes Arsenal an Wirkmitteln mit sich führen müsse. Und in der Tat kann die F-35 theoretisch ein beachtliches Arsenal an ihren internen und externen Waffenstationen mitführen. Will das Kampfflugzeug aber seine Tarnkappenfunktion zum Tragen bringen, was es

Die Beispiele ließen sich fast beliebig erweitern. Das Kernproblem der F-35 ist aber letztlich, dass das Flugzeug ein Kompromiss zahlreicher, sich teilweise widersprechender Forderungen sehr unterschiedlicher Anwender ist. Heute, mehr als zwanzig Jahre nach Beginn des Programms und zahlreichen Programmanpassungen und -veränderungen stellt sich die ganz grundsätzliche Frage, ob man nicht viel zu viel auf einmal wollte. Selbst wenn man, wie der Hersteller, optimistisch davon ausgeht, dass alle derzeitigen Baustellen irgendwann behoben sein werden – wie gravierend sie sich auch darstellen – ist bereits jetzt klar, dass am Ende nicht alle der ursprünglichen Anforderungen erfüllt werden können. Das Flugzeug bleibt eine eierlegende Wollmilchsau – und die fliegen bekanntlich eher schlecht. Ein Ende des Programms ist trotz alledem nicht mehr denkbar. Zu viel Zeit und Geld wurde bereits investiert. Die F-35 ist mittlerweile, um ein gern genutztes Bild aus der Wirtschaft zu nutzen *too big to fail*. Parallel zu den immensen Kostensteigerungen des Programms – die F-35 kostet heute pro Stück etwa doppelt so viel wie ursprünglich veranschlagt – muss die US-Administration aber voraus-

sichtlich allein für das Geschäftsjahr 2016 gegenüber dem Vorjahr fünfzig Milliarden Dollar des Verteidigungshaushaltes einsparen. Gleichzeitig steht das US-Militär unter erheblichem Druck, seine alternde und seit 2001 ununterbrochen im Einsatz stehende Luftflotte zu modernisieren, um seine globale Überlegenheit aufrechterhalten zu können. Da man dabei fast ausschließlich auf den JSF gesetzt hat, müssen seit Jahren Wege gefunden werden, um das Delta zwischen der Kostensteigerung der F-35, den Anforderungen laufender Einsätze und dem schrumpfenden Gesamtbudget zu schließen. Im Namen der Zukunft ist beim US-Militär daher seit Jahren Sparen im hier und jetzt angesagt. Um den Jet der Zukunft finanzieren zu können, werden immer mehr der alten Flugzeugmuster vorzeitig »abgeflogen«, stillgelegt oder ganz aus der Nutzung genommen – zwischen 2007 und 2012 traf schon 500 Flugzeuge dieses Schicksal. Teilweise werden



Foto: Samuel King Jr./CC BY-ND 2.0

Der Feuerwehrmann Brian Esterling zieht einen verwundeten Piloten aus dem Cockpit einer F-35 Lightning II. Der Vorfall ereignete sich während einer Übung auf der Eglin Air Force Base im US-Bundesstaat Florida, nachdem der Jet nach einer harten Landung Feuer gefangen hatte.

WIRTSCHAFT

dabei ganze Fähigkeitsprofile geopfert, ohne dafür auf absehbare Zeit adäquaten Ersatz zu haben. Letztes Beispiel dafür ist die A-10 »Thunderbolt II«. Schon seit Jahren versucht US-Luftwaffe das mar-



Foto: A.k.fung/Wikimedia Commons

»Blame Canada!« - Sollte das Rüstungsprojekt doch noch scheitern, könnte die South-Park-Hymne wieder zu neuen Ehren kommen. Der neu gewählte Ministerpräsident in Ottawa, Justin Trudeau erwägt derzeit den Deal mit Lockheed-Martin über 60 F-35 aufzulösen, auch wenn die bereits investierten 159 Millionen US-Dollar abgeschrieben werden müssten.

kante Erdkampfflugzeug in den Ruhestand zu schicken, um freiwerdende Mittel und Personal zur F-35 umzuleiten. Zwar legte der Kongress gegen diese Pläne angesichts der Einsatzrealität in den laufenden Einsätzen immer wieder sein Veto ein, aber über bürokratische Umwege schrumpfte die A-10 Flotte dennoch immer schneller zusammen. Ihr Ende ist heute nur noch eine Frage der Zeit, obwohl die F-35 die Erdkampffrolle auf absehbare Zeit nicht einmal teilweise übernehmen können.

In dieser riskanten Wette auf die Zukunft sind die USA allerdings nicht allein. Anfang der 2000er Jahre kauften sich auch Großbritannien, Italien und die Niederlande in das JSF-Projekt ein, finanzierten die Forschungskosten mit und richteten ihre Luftwaffenplanung am geplanten Zulauf des neuen Superjets aus. Fünf weitere Länder haben im Laufe der Zeit Kaufabsichten für fast 700 F-35 bekundet, die in die Stückpreiskalkulation einfließen. Durch die massiven Verzögerungen und die absehbaren Fähigkeitseinbußen haben einige Länder jedoch ihre Kaufanfragen stark nach unten verändert, andere, wie Dänemark und Kanada, haben nur noch die Option auf einen Kauf, was zwangsläufig den Stückpreis Amerikas wiederum erhöht.

Derzeit sollen – inklusive aller Vorserienmaschinen – nur noch 2.457 Exemplare der F-35 in drei Varianten für das US-Militär beschafft werden. Die veranschlagten Kosten pro Maschine haben sich dabei von vergleichsweise günstigen 81 Millionen Dollar im Jahr 2001 bis 2012 auf 161 Millionen Dollar verdoppelt, die gesamte Beschaffung für das US-Militär wurde 2012 mit 395,7 Milliarden Dollar veranschlagt – mittlerweile ist allerdings auch die 400 Milliarden-Marke bereits gerissen. Für diese astronomischen Summen bekommt das US-Militär voraussichtlich ab Ende 2015 ein bedingt einsetzbares Kampfflugzeug der fünften Generation – mehr als fünf Jahre nach dem ursprünglich geplanten Termin. Um 2025 herum dürfte die F-35 dann, wenn ab

jetzt alles gut geht, ihre volle Einsatzbereitschaft erreichen. Sollten sich dann alle Voraussagen der US-Militärs bezüglich des praktischen Nutzens von Stealth, weitreichender Luft-Luft-Raketen und vernetzter Kriegführung im umkämpften Himmel des 21. Jahrhunderts als richtig erweisen, könnte die F-35 möglicherweise die globale Vorherrschaft der USA am Himmel für die nächsten Jahrzehnte sichern. Sollte sich aber nur eine der Vorannahmen als falsch erweisen, dürfte die Lightning II auf Grund der vielen Designkompromisse und damit verbundenen Einschränkungen wohl die nutzloseste eierlegende Wollmilchsau der Luftkriegsgeschichte werden. Und die USA und alle Alliierten, die allein auf dieses Muster gesetzt haben, hätten Dank eines Mangels an Alternativen ein Problem.

...

Philipp Janssen hat Geschichte, Germanistik und Journalismus in Bochum und Berlin studiert.

Quellen und Links:

Dissertation »Qualitative Case Study on F-35 Fighter Production Delays Affecting National Security Guidance« von Monique Marie Maldonado, Walden University 2015

Artikel »F-35 pilot talking about the 400K USD flight helmet: »It's cool but I don't really use it that often« von David Cenciotti in The Aviationist vom 13. Juli 2015

Studie »F-35 Joint Strike Fighter (JSF) Program« des Congressional Research Service vom 29. April 2014

Studie »F-35 Joint Strike Fighter (JSF) Program: Background and Issues for Congress« des Congressional Research Service vom 22. Dezember 2009

FORSCHUNG

I, Killer Robot

Wissenschaftler in aller Welt erforschen künstliche Intelligenz, warnen aber vor automatischen Tötungsmaschinen.

Dystopien sind vielfältig: So können uns George Romeros Zombies das Fürchten lehren oder James Camerons Terminator als apokalyptische Tötungsmaschine Angst einjagen. Trotz ihrer Popularität in Film und Literatur bleibt das Szenario wandelnder Untoter weiter eher unrealistisch. Doch die Horrorvorstellung selbständig agierender, bewaffneter Roboter steht kurz vor ihrer Verwirklichung, glaubt man führenden Wissenschaftlern, die künstliche Intelligenz (KI) und Robotik erforschen.

Über 2.500 Unterzeichner sowie rund 15.000 weitere Unterstützer, unter ihnen Stephen Hawking und Apple-Mitgründer Steve Wozniak, mahnten kürzlich in einem offenen Brief an: In einigen Jahren sei es machbar, Waffensysteme automatisiert und mit KI ausgerüstet auf das Schlachtfeld zu schicken. Die Forscher warnen in ihrem Brief vor einem globalen Rüstungswettlauf um die



„I'll be back“ – schon vor 30 Jahren beim Thema Killerroboter ein Visionär: Arnold Schwarzenegger.

»Kalaschnikow der Zukunft«, wie sie bewaffnete Roboter nennen. Diese dritte Revolution der Kriegführung – nach dem Schießpulver und Atomwaffen – würde in den Händen von Terroristen, Diktatoren oder Warlords verheerenden Schaden anrichten. Und ein weltweites Wettrüsten brächte solche Waffen zwangsläufig auf den Schwarzmarkt. Zwar gebe es noch kein militärisches Wettrüsten, sagt Marcel Dickow, Leiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik, dem ADLAS. Aber: »Der wissenschaftliche Wettlauf um KI ist bereits im Gange«, so der Experte für Robotik und Autonome Systeme. Um ein militärisches Wettrüsten zu verhindern, fordern die Unterzeichner nun ein Verbot autonom agierender Offensivwaffen. KI sei allerdings eine Dual-Use-Technologie, bei der die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Verwendung leicht verschwimmen, so Dickow. Er empfiehlt daher: »Es

ist nötig auf den Einsatzzweck und nicht auf die Technologie selbst zu schauen, wenn ein Rüstungswettlauf verhindert werden soll. Doch dazu bedarf es unter anderem einer neuen Transparenz bei Staaten und Streitkräften.« Trotz aller Risiken sollten der zivilen Forschung jedoch keine Riegel vorgeschoben werden: Dazu böte sie einfach zu viele Chancen. ••• sts

Skyfall

Roboter-Technologien gelangten schon in der Vergangenheit leicht in die falschen Hände. Das zeigt das Beispiel einer entführten unbemannten US-Spionagedrohne des Typs RQ-170 Sentinel. Iranische Einheiten hatten das autonom fliegende »Biest von Kandahar« vermutlich durch ein manipuliertes GPS-Signal größtenteils intakt vom Himmel geholt. 2014 verkündeten die Revolutionsgarden den erfolgreichen Nachbau.

Die Geisterflotte

Der Technikthriller »Ghost Fleet« spielt durch, wie ein Krieg zwischen Großmächten in naher Zukunft aussehen könnte. Das gelingt den Autoren Singer und Cole überzeugend. Das Buch ist aber auch ein Blick in die Weltsicht des US-Militärs – und was das Buch auslöst mindestens so spannend wie der Plot selbst.



Foto: Alan Radecki/Northrop Grumman/CC BY-ND 2.0

Die kommunistische Partei in China hat die Macht verloren und das Land wird von einem Rat aus Militärs und Geschäftsleuten beherrscht. Dieses »Direktorat« kommt zu dem Schluss, dass es einfacher ist Chinas angestammten Platz auf der Weltbühne einzunehmen und die Versorgung mit Rohstoffen sicher zu stellen, wenn die USA im Pazifik keine Rolle mehr spielen. Das ist grundsätzlich einfach zu machen: Australien, Japan und Südkorea isolieren, die amerikanischen Träger und U-Boote neutralisieren und Hawaii erobern. Aber da im Krieg das Einfache schwer ist, steckt der Teufel im Detail und so bedarf es eines bemerkenswert perfiden und komplexen Planes, um die USA vom hegemonialen Sockel zu stoßen.

Wer sich jetzt an erinnert fühlt an die anderen Klassiker des »Die-harten-Kerle-von-nebenan-machen-uns-westlich-verweichlichten-Pussies-platt« Genres wie Tom Clancys »Red Storm Rising« und »Red Phoenix«, liegt richtig. Das Buch folgt dem klassischen Muster des *war-foretold*-Genres. Ein minutiöser Eröffnungsschlag gegen einen un-

Backdoors auf den Chips der Kampfflugzeuge, die Vernichtung von Flugzeugträgern durch ballistische Seeziellraketen, das Potenzial autonomer Kleindrohenschwärme und begleitender Cyberattacken auf zivile Infrastruktur ist glaubhaft und spannend konstruiert und erzählt.

Nach dem fatalen Angriff folgt die Phase der Konsolidierung und schließlich des Gegenangriffs. Walmart, Silicon Valley und die Reserveflotte, die sogenannte *Ghost Fleet*, werden eingespannt, um die Chinesen zurück zu drängen. Und dass sich amerikanische Aufständische im besetzten Hawaii im Kampf gegen die chinesischen Besatzer genau der Mittel bedienen, die von Taliban und Al Kaida entwickelt wurden, ist ein interessanter Dreh. Wer »Red Storm Rising« mag, wird »Ghost Fleet« lieben.

Tatsächlich hat das Buch Fußnoten zu fast jedem System oder technischen Spielzeug, das der weniger fachkundigen Leser sonst im Bereich von Science-Fiction vermuten würde. Die Autoren lassen Systeme gegeneinander antreten, die heute

Wer »Red Storm Rising« mag, wird »Ghost Fleet« lieben.

vorbereiteten Gegner, bei dem die Schwächen gnadenlos ausgenutzt werden, deren Vorstufen der Autor in der Gegenwart schon ausgemacht hat. Gefolgt von einem Gegenschlag mit eben jenen Mitteln, die der Autor in der Gegenwart vernachlässigt sieht.

In *Ghost Fleet* ist der Eröffnungsschlag gegen die ahnungslosen USA wirklich packend und kreativ. Das Versagen von F-35 durch Software-

schon in der Entwicklung sind und spielen durch, was sie in ihrer Gesamtheit bedeuten könnten. Dabei verlängern sie die Diskussionen der Gegenwart in die Zukunft. Die Idee, dass das zukünftige Mehrrollenkampfflugzeug aller US-Teilstreitkräfte, die F 35, durch Software außer Gefecht gesetzt werden könnte, welche die chinesischen Hersteller der Flugzeug-Chips in unscheinbaren Codezeilen versteckt haben, ist nicht



Foto: ghostfleetbook.com

P. W. Singer und August Cole im Gespräch über ihr neues Buch.

neu. Die französische Rafale Flotte war 2009 zwei Wochen lang lahm gelegt, weil wegen eines Virus in der Bordsoftware keine Flugpläne mehr in den Jet geladen werden konnten. Und dass es unmöglich ist, einen komplexen Code vollständig auf Sicherheitslücken zu prüfen, wurde spätestens 2013 öffentlich debattiert. Damals warnte der amerikanische Kongress Unternehmen davor, Router des chinesischen Konzerns *Huawei* in Firmennetzwerken zu verwenden, da dessen Gründer Verbindungen zum chinesischen Militär habe.

Eine andere aus der Gegenwart extrapolierte Idee des Buches ist die Vernichtung der amerikanischen Flugzeugträger durch Seeziellraketen mit extrem großer Reichweite. Und wenn die 2010 vom chinesischen Militär eingeführten und 2015 erstmals der Öffentlichkeit präsentierten ballistischen Flugkörper wirklich in der Lage sind, amerikanische Flugzeugträger zuverlässig zu erfassen und zu treffen, stünde die gesamte Marinedoktrin der USA im Pazifik in Frage.

Die Ergebnisse dieser Gedankenspiele in »Ghost Fleet« sind durchaus verblüffend. Wenn

LITERATUR

alle vernetzten Systeme infiltrierbar sind, fällt man auf Mittel zurück, die eher im 2. Weltkrieg als in der Zukunft zu verorten sind.

Die Kritik zum Buch ist durchweg positiv. Das liegt vermutlich daran, dass die beiden Autoren wissen wovon sie schreiben. Tatsächlich sind P.W. Singer und Artur Cole anerkannte Fachautoren und beide arbeiten für sicherheitspolitische Think-Tanks in den USA. Singer sagte in einem Interview, er wollte eine begreifbare Vision von den Folgen der digitalen Revolution für die Kriegsführung entwickeln. Und die ist wirklich sehr überzeugend gelungen: »Ghost Fleet« ist ein Positionspapier in Form einer Novelle.

Weniger überzeugend ist die Holzschnittartigkeit der politischen Bühne, auf der die Konfrontation stattfindet. Man fühlt sich an die eindimensionalen Russen erinnert, die während des Kalten Krieges die westlichen Polit- und Technikthriller bevölkert haben und aus der post-1990 Perspektive sehr simpel gestrickt wirken. Die Leichtigkeit zum Beispiel, mit der Amerikas Verbündete in der Region in dem Buch das Handtuch werfen und sich

Foto: Tony D. Curtis/U.S. Navy/CC-BY-ND 2.0



Der unbemannt fliegende Kampffjet X-74B bei seinem ersten Start von einem Flugzeugträger (USS George H. W. Bush) im Mai 2013.

freudig in die chinesische Hegemonie fügen, ist extrem unglaublich. Sie dient aber als eine Voraussetzung, um das Bild amerikanischer Verwundbarkeit zu stärken - oder auch um das im Vergleich zu möglichen Gegnern enorm hohe Budget der US-Streitkräfte zu begründen. Ob das einer der Gründe ist, warum das Buch vor allem von Militärs als wertvoller Beitrag zu Debatte gewertet wird, lässt sich nicht sagen. Aber man bekommt den Ein-

Aber abgesehen davon und der Tatsache, dass junge Leute mit einer an *Google Glass* erinnernden Datenbrille permanent im Netz unterwegs sind und es eine pharmakologische Revolution gegeben haben muss, durch die Aufputschmittel keine negativen Folgen mehr haben, denn die konsumieren alle Beteiligten wie Smarties, scheint sich die Technik kaum ausgewirkt zu haben. Medien, Bürger, Staat, Wirtschaft, es scheint alles beim Alten.

Ein Positionspapier in Form einer Novelle.

druck, dass die Vorstellung von Zukunft, die in »Ghost Fleet« ausgebreitet wird, zumindest bei Soldaten Mainstream ist. Die *Navy Times* spricht von einem »realistischen Blick«, der ehemalige Oberkommandierende der Nato in Europa, Admiral James Stavridis von einer »plausiblen, erschreckenden und scharfsichtigen Vision« und ein ehemaliger Chief of Naval Operations der US-Navy von einem »strategisch relevanten« Buch. Vielleicht ist Ghost Fleet damit eher ein Einblick in die Vorstellung des US-Militärs vom kommenden Krieg, als ein wahrscheinliches Szenario. Denn wenn es um die Zukunft geht und alle sich einig sind, ist die Prognose wahrscheinlich falsch.

Neben dem wenig realistischen Verhalten der US-Verbündeten fällt eine weitere Leerstelle auf: gesellschaftlich hat sich in der von Ghost Fleet gezeichneten Zukunft nicht viel getan. Der Kommandant eines US-Kreuzers ist zwar verheiratet mit einem Mann. Und das ist kein Thema, sondern ein Nebensatz. Die Annahme, dass Homosexualität erst normal ist, wenn sie beiläufig erwähnt wird, verwirklicht in einem Militär-Technikthriller: das ist schon sehr progressiv.

Vielleicht ist es auch zu viel verlangt, von einem Autor, der vor allem an den technischen Folgen des Fortschritts für die Kriegsführung interessiert ist, auch eine Vision für die Gesellschaft zu erwarten, aber ein bisschen mehr Fantasie hätte es in der Hinsicht schon sein dürfen.

Denn zwischenstaatliche Kriege werden von Gesellschaften geführt. Und wie diese konstituiert sind, spielt eine entscheidende Rolle dafür, welche Mittel auf welche Art und gegen wen eingesetzt werden dürfen und kann damit alle Vorannahmen obsolet machen. Kaum jemand vor 1914 glaubte, dass ein großer Krieg länger als einige Monate dauern könnte. Die Nationen seien zu schwach und ihre Menschen nicht leidensfähig genug und die Wirtschaft würde binnen Monaten zusammenbrechen. Das war die gängige und eine aus der Zeit heraus auch plausible Annahme. Dass die gesamtgesellschaftliche Mobilisierung des totalen Krieges ganz andere Dimensionen der Kriegsführung ermöglichen würde, war schwer vorstellbar. Und dass ein Verhandlungsfrieden, der etwas anderes als die totale Unterwerfung des Gegners bedeutet, einer Bevölkerung nicht zu vermitteln ist, die ihre

Söhne zu Millionen in den Fleischwolf des Grabenkrieges geschickt hat und dass sich der Krieg durch seine Kosten so selbst perpetuiert bis ganze Gesellschaften zusammenbrechen, lag außerhalb des Erwartungshorizonts einer Elite, deren Denken von den eingehegten und begrenzten Kriegen des 19. Jahrhundert geprägt war. Die Begrenzung der Handlung, auf das Begreif- und Beherrschbare und die Begrenzung des Krieges, haben militäri-

eine Region oder ein Feld zu verlagern, auf das die Chinesen weniger gut vorbereitet sind, als auf den Showdown im Pazifik.

Aber gerade die Begrenzung eines Konflikts könnte in Zukunft eine noch größere Herausforderung sein. Eine Bevölkerung, die Opfer erbracht hat und deren Trauer und Frustration in sozialen Netzwerken potenziert wird; die im Zeitalter des Internets der Dinge die Möglichkeit hat, auf die

lichen Umbrüchen anders. Kriegsführung ist zwar eine hochkomplexe und eine ihrem Wesen nach paradoxe Angelegenheit, aber immerhin kann man mit Zahlen und Fakten argumentieren. Ein Flugzeugträger wird auch in zehn Jahren keiner Rakete davon dampfen können. Wer sich hingegen die Erfolgsquote von gesellschaftlichen Zukunftsvisionen ansieht, muss zu dem Schluss kommen, dass wer auch immer versucht Gesellschaft voraus zu sagen, eigentlich Science-Fiction betreibt.

So ist es auch nur zu verständlich, dass ein Autor, der in Washington ernst genommen werden will, lieber nicht zu weit über den Tellerrand hinaus blickt. Und so bleibt der schale Eindruck der Unvollständigkeit. Aber das ist alles trotzdem kein Grund das Buch nicht zu lesen – im Gegenteil. Wer wissen möchte, wie ein von Hackern, Drohnenschwärmen, laserbestückten Raumstationen, elektromagnetischen *Railguns* und Chinesen auf Steroiden bevölkertes Schlachtfeld der Zukunft aussehen könnte, wird ganz sicher nicht enttäuscht. Nur allzu ernst sollte man es vielleicht nicht nehmen. •••

Christian Kollrich hat *Geschichte in Berlin* studiert und arbeitet als freiberuflicher Fotoredakteur u.a. für *Spiegel Online* und *Stern.de*.

Das Schlachtfeld der Zukunft: Laserbestückte Raumstationen und Chinesen auf Steroiden.

sche Technikthriller seit der Entwicklung der Atombombe gemein. Der Krieg kann eskalieren, er wird aber nicht total. Vielleicht werden ein paar taktische Nuklearwaffen eingesetzt oder eine kleinere Anzahl von Städten in einer Art atomaren *tit-for-tat* wechselseitig ausgelöscht. Aber das nukleare Armageddon bleibt in diesem Genre aus. Das ist natürlich sinnvoll, wenn man als Autor die Gegenwart beeinflussen möchte. Warum sollte man sich groß mit komplizierten Fragen abplagen, wie zum Beispiel die sicheren Chips für Kampfflugzeuge ohne Schadprogramme in den USA zu vernünftigen Preisen hergestellt werden sollen, in einem von asiatischen Firmen beherrschten Markt, wenn am Ende des Konflikts sowieso der nukleare Schlagabtausch steht?

Auch in »Ghost Fleet« bleibt der Konflikt auf den pazifischen Ozean beschränkt. China erobert Hawaii und bewegt sich danach keinen Zentimeter mehr und unterbindet lediglich alle Flottenbewegungen der USA in der Region. Und auch die Amerikaner kommen nicht auf die Idee, den Konflikt in

Infrastruktur eines Gegners zu wirken, vielleicht auch im katastrophalen Ausmaß, ist eine ziemlich schlechte Grundlage für die staatliche Einhaltung selbstauferlegter Regeln der Kriegsführung oder eines Kompromissfriedens.

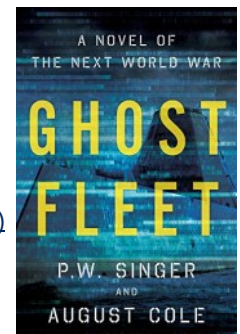
Wenn man sich die politische Schlagkraft vor Augen führt, die ein paar bewaffnete Islamisten haben, die Indien und Pakistan immer wieder an den Rand des Krieges bringen, erscheint die Möglichkeit, dass Angriffe von nicht-staatlichen Gruppen auf die zivile Infrastruktur des Gegners eine Spirale von Angriff und Vergeltung in Gang setzen können, nicht allzu weit hergeholt. Und wie begrenzt ein Krieg bleiben kann, wenn Einzelakteure bewirken können, dass Stromversorgungen großflächig zum Erliegen kommen oder Hochgeschwindigkeitszüge zusammen prallen, kann man sich ausmalen.

Aber während man technische Entwicklungen mit einem begrenzten Zeithorizont noch relativ gut mit dem Instrumentenkasten des Expertentums zu fassen bekommt, ist das mit gesellschaft-

Peter W. Singer und
August Cole

»Ghost Fleet«

[Boston \(Houghton Mifflin Harcourt\)](#)
2015. 416 Seiten, 26,41€



Einstieg in den Verantwortungsdissens

Multiperspektivisch, kontrovers und kompetent behandeln die von Michael Staack und Dan Krause versammelten Autorinnen und Autoren die vermutlich spannendste Entwicklung des Völkerrechts der letzten zwanzig Jahre: die »Responsibility to Protect«.

Nach den Erfahrungen der 1990er Jahre, insbesondere dem dramatischen Scheitern der Völkergemeinschaft in Srebrenica oder Ruanda, suchte die UN Antworten auf die Frage, wie in ähnlichen Situationen künftig verfahren werden sollte. Die am Ende des Millenniums von einigen UN-Mitgliedern ad hoc etablierte Antwort durch »humanitäre Interventionen«, etwa im Kosovo 1999 durch die Nato, waren zum Teil in Ermangelung eines legitimierenden UN-Mandats völkerrechtlich hochgradig problematisch. Sie drohten einen Grundpfeiler der Friedensordnung nach 1945 – die durch die UN-Charta besonders geschützte staatliche Souveränität – zu zersetzen.

Im Jahr 2001 präsentierte daraufhin die von der Regierung Kanadas ins Leben gerufene *Internationale Kommission zu Intervention und Staatensouveränität (ICISS)* mit dem Konzept der Schutzverantwortung, der *Responsibility to Protect (R2P)* eine mögliche Antwort auf das Dilemma. Von einigen scharf angegriffen und von anderen wiederum mit Erwartungen überfrachtet, ist die R2P seither wohl eines der kontroversesten und spannendsten Themen der internationalen Beziehungen.

Nachdem diese »völkerrechtlichen Norm im Werden« zunächst zunehmende Bedeutung erfahren hatte, geriet sie durch ihren – von vielen so wahrgenommenen – Missbrauch im Falle der Intervention in Libyen 2011 in zunehmend schwieriges Fahrwasser.

Der vorliegende Sammelband, herausgegeben vom den Hamburger Politikwissenschaftlern Professor Michael Staack und seinem Mitarbeiter Dan Krause, setzt genau hier ein und widmet sich in neun übersichtlichen Beiträgen der Diskussion um die R2P nach Libyen. Wie schon frühere Erscheinungen der beiden Herausgeber zeichnet sich auch dieses Buch durch aktuelle, kurze, zum Teil kontroverse aber immer auf den Punkt geschriebene Beiträge aus.

Erfreulich fällt bei der Lektüre dabei die erreichte Vielfalt bei der Auswahl der Autorinnen und Autoren auf: Hier schreiben arrivierte Experten neben gerade promovierendem Wissenschaftsnachwuchs, Juristen neben Philosophen und Autoren mit Bundeswehrhintergrund neben solchen mit Wurzeln in der Friedensforschung. Der Band profitiert von den sich so ergebenden

unterschiedlichen Perspektiven enorm.

Während sich der erste Teil des Buches des aktuellen Standes und der Perspektiven der R2P nach Libyen annimmt, richtet der zweite Teil den Blick auf die Haltung Chinas, Indiens und Brasiliens zur R2P – eine oft, und zu Unrecht, wenig beachteten Dimension der Debatte. Aufgrund der exzellenten Einführung ins Thema und der gut verständlichen Beiträge auf der Höhe der Forschung ist der Band für alle Interessierten ein idealer Einstieg in das Thema R2P. Er bietet aber, insbesondere im zweiten Teil, auch bereits umfangreich belesenen Schutzverantwortungsexpertinnen und -experten eine anregende Lektüre.

... doe

Michael Staack und
Dan Krause (Hg.)

**»Schutzverantwortung in
der Debatte. Die »Responsibility
to Protect« nach
dem Libyen-Dissens«**

Opladen (Barbara Budrich) 2015,
249 Seiten, 36,00€





Die Beziehung zu seinem Vorgesetzten und späteren UN-Generalsekretär Kofi Annan beschreibt Manfred Eisele als »love at first sight«. So ist es nicht verwunderlich, dass dieses Duo zahlreiche Reformen des UN-Peacekeepings auf den Weg brachte. Nach dem Scheitern der Missionen in Somalia und Ruanda schuf das Sekretariat der Vereinten Nationen die Stelle des »Assistant Secretary General for Planning and Support of Peacekeeping Operations«. 1994, knapp fünfzig Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs wurde damit ein Deutscher zum obersten Blauhelm.

Während seiner Amtszeit reformierte Eisele unter anderem die Kostenrückerstattung für truppenstellende Staaten und stärkte die Rolle der Polizeikomponente in Friedensmissionen. Um Reaktionszeiten zu verkürzen, wurden im Rahmen von »Standby Arrangements« Abmachungen über bereitzuhaltende Kontingente zwischen den UN und Mitgliedsstaaten getroffen. Vor allem aber betonte Eisele stets die Notwendigkeit »robuster« Elemente in den Friedensmissionen. Sie sollten denen gegenüber treten können, die ihren Erfolg zu verhindern suchten – zur Not auch mittels Gewalt.

General des Friedens

In den neunziger Jahren leitete Manfred Eisele mit Kofi Annan das »Department for Peacekeeping Operations« der UNO. In einem Sammelband blicken Weggefährten auf das Wirken des deutschen Generals zurück, der das Konzept moderner UN-Friedenmissionen entscheidend geprägt hat.

Der Sammelband berichtet aber nicht nur Eiseles Zeit in New York. Freunde und Kollegen blicken auch auf eine beeindruckende Karriere in der Bundeswehr und der Nato zurück. So werden bestimmte Ereignisse zwar wiederholt beschrieben, der Blick auf Eiseles Person ist dadurch jedoch umso persönlicher. Höhepunkte des Buches sind die Interviews, in denen der Protagonist selbst zu Wort kommt. Hier rät der Generalleutnant a.D. der Bundesrepublik zu einer stärkeren Beteiligung an der internationalen Friedenssicherung. Die deutsche Enthaltung bei der Abstimmung des Sicherheitsrats zur Libyen-Intervention bezeichnet als »Katastrophe«. Auch zu innenpolitischen Fragen bezieht er Position. Deutschland müsse aufgrund der demografischen Entwicklung noch stärker zum Einwanderungsland werden. Auch die Bundeswehr brauche noch mehr Soldaten mit Migrationshintergrund.

»Des Friedens General« ist nicht nur eine Hommage an Manfred Eisele. Im letzten Drittel des Buches werfen Experten Ausblicke auf die Zukunft des UN-Peacekeepings. Somit ist das Buch auch jedem zu empfehlen, der sich mit diesem Konzept

auseinandersetzen möchte. Eiseles Dienst- und Amtszeit endete 1998 – wohl auch nach Differenzen mit Verteidigungsminister Volker Rühe. Um diese öffentlich auszutragen war und ist Eisele zu loyal. Treu geblieben ist er auch den Vereinten Nationen. Auf Bitten von Kofi Annan war er auch im »Ruhestand« unter anderem in Ruanda, Sierra Leone und dem Kongo für die UN im Einsatz. ...

Jan Fuhrmann

Ekkehard Griep (Hg.)

**»Des Friedens General
Manfred Eisele – Vom
Kriegsflüchtling zum
obersten Blauhelm«**

Freiburg i. Br. (Herder) 2013,
416 Seiten, 24,99€



Islamistischer Totalitarismus

Der »Islamische Staat« ist weit mehr als die mächtigste Terrorgruppe der Welt. Er ist eine neue und ernstzunehmende geopolitische Macht. Christoph Reuter gelingt eine hervorragende journalistische Bestandsaufnahme über die Genese und Strukturen der Terror-AG in Syrien und dem Irak.



Foto: Paul Coombs/paulcoombs.co.uk

»False Flag«: Auf der Londoner »Gay Pride Parade« 2015 sorgte diese vermeintliche IS-Flagge erst für Aufregung, dann für Gelächter. Der Künstler Paul Coombs hatte aus Protest gegen den IS die arabischen Schriftzeichen des Kalifatsbanners durch allerlei Sexspielzeug ersetzt.

»2010 zurückgeworfen auf ein Dasein als Terrorzelle im Untergrund ist dieser »Islamische Staat«, vier Jahre später zurückgekehrt als Inbegriff des globalen Schreckens«, so der Kern des akribisch recherchierten Plädoyer, das der *Spiegel*-Korrespondent zur Entmystifizierung des IS vorträgt. Dabei stützt sich seine Untersuchung auf »geheime« Dokumenten, welche die Freien Syrischen Armee 2013 bei einem ehemaligen General der irakischen Luftwaffe gefunden haben will und Reuter ausgehändigt hat. Auf knapp 400 Seiten tritt der Journalist eine ambitionierte Dekonstruktion der religiösen Fassade des IS an.

Seine These lautet, dass die Ausrufung des »Kalifats« weniger theologischer Natur ist. Sie muss vielmehr als Teil einer weltliche Strategie zur Manifestation territorialer Macht gelesen werden. Der Islam selbst sei nur »ein Instrument« unter vielen anderen, welches die Rekrutierung im-

mer neuer Jihadisten aus dem Wese gewährleisten solle. Im Kern sei die Organisation ein »minutiös durchgeplantes Unternehmen«, welches mit äußerster Skrupellosigkeit – im Sinne einer »Mafia« Gewinne erwirtschaften möchte. Seine Recherchen über »kriminelle« Netzwerke, Terroristen und die Rolle des Assad Regimes basieren auf der Auswertung journalistischer Quellen. Jedes der 13 Kapitel des Buches ist mit Berichten und Interviews, die Reuter über Jahre hinweg vor Ort geführt hat, sinnvoll belebt.

Ein Schwerpunkt des Buches liegt auf dem System des totalitären Herrschaftsanspruches des IS, in dem von ihm kontrollierten Gebieten. Reuter beschreibt eindrucksvoll Szenen aus der täglichen Umsetzung von Macht durch Druck und Angst, sowie die geschickte Inszenierung der eigenen Propaganda und Instrumentalisierung der westlichen Medien durch extreme Gewaltdarstellung.

Auch den Gebietseroberungen des IS im Norden Syriens 2014 sowie im Norden und Westen des Iraks mit der Eroberung Mossuls, als auch dem Massaker am Sinjar-Gebirge wird jeweils ein eigenes Kapitel gewidmet. Hier thematisiert Reuter vor allem die militärische Strategie des IS. vor dem Hintergrund der Zweckbündnisse, den historischen Zwängen und den wechselnden Loyalitäten der Akteure. Dabei gelingt es dem Autor, dem Leser eine Übersicht über das Chaos der Konfliktlinien und die militanten Gruppierungen zu geben.

Am Beispiel des Iraks werden die symbiotischen Beziehungen zwischen terroristischen Akteuren, ethnischen Fraktionen und Elementen organisierter Kriminalität von Reuter eindrucksvoll beschrieben. Im Zentrum steht die Rekonstruktion eines Netzwerkes von Männern der Baath-Partei, den ehemaligen Eliten des Saddam-Regimes und dem Führungszirkel der »Schwarzen Front«. Die in

LITERATUR

Syrien gefundenen Dokumente und Organigramme (veröffentlicht am 18. April 2015, *Spiegel* Nr. 23) sieht Reuter als Zeugnis dafür, dass der IS die Schaffung eines totalitären Staates verfolgt. Es sei das Vorhaben der eingesessenen sunnitischen Machteliten, die einen Staat »generalstabsmäßig« planen und mittels eines ausgeklügelten Spitzel- und Überwachungssystem etablieren wollen. Der spannendste Teil des Buches skizziert den Werdegang der Organisation von den Anfängen des »Sarkawi-Netzwerkes« über die Stationen AQI, ISIS bis hin zum derzeitigen Islamischen Staat. Reuter lokalisiert ein strategisches Bündnis zwischen den Fanatikern und den ehemaligen hochrangigen und erfahren irakischen Militärs, als den Ausgangspunkt einer hybriden Terrororganisation. Daraus resultieren vielfältige Erscheinungsformen der Terror-AG, die sich aber auf Grund von finanziellen Opportunitäten auf ein Zweckbündnis reduzieren lassen. Bedeutsam sind dabei die Schlüsse, die Reuter über diese mit Treibstoff und Menschen handelnde Netzwerke zieht. Der IS erhebt zwar den Anspruch ein »Staat« zu sein, greift aber auf Methoden der kriminellen Ökonomien zurück und bleibt damit eine jihadistische Mafia-Holding.

...

Elmar Gracher

Christopher Reuter

»Die schwarze Macht –
Der »Islamische Staat« und die
Strategen des Terrors«

Deutsche Verlags-Anstalt (DVA) 2015.
352 Seiten, 19,99€



ganz neue Methoden...



ADLAS – Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik betritt Neuland und macht akademische Erkenntnisse verständlich. Das eJournal informiert über Außen- und Sicherheitspolitik, regt zum Diskutieren an und bringt Themen in die Debatte ein.

Außergewöhnlich ist sein Anspruch: aus dem akademischen Umfeld heraus einen Ton finden, der den Bogen zwischen Fachsprache und Verständlichkeit schlägt. **ADLAS** – Wissenschaft auf Deutsch.

JETZT HERUNTERLADEN BEI WWW.ADLAS-MAGAZIN.DE

ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

ist aus dem »Aktualisierten Dresdner InfoLetter für Außen- und Sicherheitspolitik« des Dresdner Arbeitskreises für Sicherheits- und Außenpolitik hervorgegangen und besteht seit 2007. Er erscheint seit 2010 als bundesweites, überparteiliches, akademisches Journal, herausgegeben für den Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH).

Der ADLAS erscheint dritteljährlich und ist zu beziehen über www.adlas-magazin.de.

Herausgeber: Stefan Dölling
c/o Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen
Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn

Redaktion: Stefan Dölling (doe), Sophie Eisentraut (eis), Björn Hawlitschka (haw) (V.i.S.d.P.), Philipp Janssen (jap), Christian Kollrich (koll), Sebastian Nieke (sn), Isabel-Marie Skierka (isk), Stefan Stahlberg (sts), Kerstin Voy (kv)

Layout: haw

Autoren: Daniela Braun, Jan Fuhrmann, Elmar Gracher, Niels Pollmann, Moritz Rudolph

Danke:

Copyright: © ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

Zitate nur mit Quellenangabe. Nachdruck nur mit Genehmigung. Für die Namensbeiträge sind inhaltlich die Autoren verantwortlich; ihre Texte geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des BSH wieder.

DER BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN

verfolgt das Ziel, einen angeregten Dialog über Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den Universitäten, der Öffentlichkeit und der Politik in Deutschland herzustellen. Durch seine überparteilichen Bildungs- und Informationsangebote will der BSH vor allem an den Hochschulen eine sachliche, akademische Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheitspolitik fördern und somit zu einer informierten Debatte in der Öffentlichkeit beitragen.

Weitere Informationen zum BSH gibt es unter www.sicherheitspolitik.de.

...



AUSGABE 3/2015

HAPPY BIRTHDAY

Der BSH wird 30!

ADLAS-Sonderausgabe